

Grenzfriedensbund

Anschrift: Hafendamm 15, 24937 Flensburg Geschäftsführerin: Ingrid Schumann Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr Fernsprecher(04 61) 2 67 08 Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 3 52 49

Beitrag: 20 DM für Einzelmitglieder, 40 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500 50)
Spurkusse NF Husum 13 862 (BLZ 217 500 00) Postgiroamt: Hamburg
114 07-206 (BLZ 200 100 20)

WAS DIESES HEFT BRINGT

| | Seite |
|---|-------|
| <i>Johannes Jensen</i> „Was ist des Friesen Vaterland?“ | 98 |
| <i>Kurt Jürgensen</i> Das Schleswig-Holstein-Lied..... | 132 |
| <i>Manfred Jessen-Klingenberg</i> Schleswig-Holsteins blau-weiß-rote Flagge..... | 140 |
| <i>Henrik Skov Kristensen</i> Das Fröslee-Lager..... | 148 |
| Umschau ab Seite 162 | |

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.

Sie erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 6,- DM.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Jörn-Peter Leppien, Hedwig-Marggraff-Str. 21, 24955 Harrislee
Artur Thomsen (verantwortlich), Holstengang 4, 24937 Flensburg
Redaktionsanschrift: Hafendamm 15. 24937 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH - Am Sophienhof 9, 24941
Flensburg
Druck: Harry Jung - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

„Was ist des Friesen Vaterland?“

Das erste „Volksfest der Nordfriesen“ am 10. Juni 1844

von *JOHANNES JENSEN*

1. Die Vorgeschichte - verschüttete geschichtliche Erinnerung

1.1. Einleitung - „diese unsere eigentliche vaterländische Geschichte“

Am 18. März 1818, also vor 176 Jahren, schrieb der nordfriesische Jurastudent Uwe Jens Lomsen in Kiel einen Brief an seinen Vater in Keitum auf Sylt. Er teilte ihm mit, daß sein Lehrer, der Professor Nikolaus Falck, in Kiel eine „gelehrte Gesellschaft zur Aufklärung der friesischen Geschichte“ gegründet habe. Und er forderte ihn auf, auch auf Sylt „für diese unsere eigentliche vaterländische Geschichte tätig“ zu werden.

Man muß genau hinhören, die Sprache ist hier nicht nur Ausdruck eines Gedankenganges, sondern auch einer historisch bedingten Gefühlslage: Es ging um die Aufklärung der friesischen Geschichte, und Lomsen nennt sie „diese unsere eigentliche vaterländische Geschichte“. Ist „diese unsere“, also der Nordfriesen, „eigentliche vaterländische“ die „friesische“ Geschichte im Gegensatz zu einer in den Gedanken Uwe Jens Lomsens auch vorhandenen, aber nicht so eigentlichen, also eher „uneigentlichen“ schleswigschen oder dänisch-gesamtstaatlichen oder schleswig-holsteinischen Geschichte? Entwickelte dieser nordfriesische Student aus Keitum auf Sylt hier einen eigenen regionalen Begriff von einem friesischen Vaterland?

Das eben Erwähnte gehört mit zur Vorgeschichte des ersten „Volksfestes der Nordfriesen“ in Bredstedt am 10. Juni 1844. Dieser Tag vor 150 Jahren wurde ein Schicksalstag für Nordfriesland. Das Fest in Bredstedt bekam zwar den Namen „Volks-

fest der Nordfriesen“. Dennoch wurde es aber kein nordfriesisches, sondern ein schleswig-holsteinisches Volksfest. Das „Husumer Wochenblatt“ schrieb in seinem Bericht darüber, den ganzen Tag sei „nicht Nordfriesland die Losung gewesen, sondern Schleswig-Holstein, deutsches Streben, deutsches Wesen“. Und das war als Erfolgsmeldung gemeint. Denn es war der Zweck des Festes gewesen, Nordfriesland in eine gemeinsame Front mit der schleswig-holsteinisch-deutschen Nationalbewegung gegen die eiderdänische Nationalbewegung einzubeziehen und nordfriesische Bestrebungen nicht aufkommen zu lassen. Und das war gelungen. In den Jahren 1842 bis 1844 hatte es aber auch Anzeichen einer entstehenden „friesischen Bewegung in Nordfriesland“ gegeben. Sie hatte ganz typische Züge einer Nationalbewegung, wie es sie damals als gesamteuropäisches Phänomen an vielen Stellen vom Balkan bis nach Norwegen und Island hin gab. Hätte es also auch ein nordfriesisches „des Friesen Vaterland“ geben können, ebenso wie es sich Ernst Moritz Arndt mit seinem berühmten Lied „Was ist des Deutschen Vaterland“? im Jahre 1813 für die Deutschen erträumt hatte?

Eine Antwort kann der Historiker nicht geben. Dennoch ist es fruchtbar, die Frage neu zu stellen. Es kann nämlich gezeigt werden, daß die Situation in Nordfriesland vor dem 10. Juni 1844 doch etwas anders war, als man bis vor gar nicht langer Zeit auch in Nordfriesland selbst gedacht hat. Denn die Fakten, die hier aufgezeigt werden sollen, waren bis vor gut 35 Jahren entweder völlig unbekannt oder doch nur bruchstückhaft und nicht in ihrem geschichtlichen Zusammenhang bekannt.

Und das war gerade die Wirkung, die dieses sog. „Volksfest der Nordfriesen“ vor 150 Jahren auf das historische Gedächtnis der nachfolgenden Generationen in Nordfriesland, aber auch in Schleswig-Holstein, in Deutschland und Dänemark. Es hat mit seiner damals entstandenen schleswig-holsteinisch deutschen Einordnung der Nordfriesen die geschichtliche Erinnerung an eine ganz andere Entwicklungsmöglichkeit, die die Geschichte für Nordfriesland vielleicht damals bereithielt, verschüttet und so

lange vor unseren Blicken verborgen gehalten. Und das war eine sehr ernste Sache, die für Nordfriesland Konsequenzen gehabt hat, die bis in die gegenwärtige Diskussion um einen Minderheitenartikel im Grundrechtskatalog unserer Verfassung hineinreichen.

Um vor diesem Hintergrund die wirkliche Bedeutung dieses 150. Jahrestages für Nordfriesland richtig erkennen zu können, muß also zuerst etwas über diese frühen Ansätze zu einer „friesischen Bewegung“ in Nordfriesland gesagt werden.

1.2. Ansätze zu einer friesischen Bewegung - Literatur und Sprache

Worin bestanden diese Ansätze zu einer friesischen Bewegung in Nordfriesland, die im Frühjahr 1844 vorhanden waren und die schleswig-holsteinischen Landespolitiker zu ihrem Gegenzug veranlaßten?

Es hatte mit dem ersten Stück nordfriesischer Literatur angefangen, als der Sylter Steuermann Jap Peter Hansen in den Jahren 1788 bis 1892 auf seinen Seefahrten seine Komödie „Di Gitshals of di Söl 'ring Pidersdai“ geschrieben hatte. Wir wissen, daß er später als Lehrer auch dafür zu sorgen versuchte, daß die Sylter ihre eigene friesische Sprache zu schreiben lernten. Er hatte ihnen Regeln dafür aufgeschrieben.

Für die von Lomsen 1818 beschriebene „Friesische Geschichtsgesellschaft“ hatte man damals in Kiel schon einen so umfassenden Arbeitsplan aufgestellt, daß er sich heute liest wie die Arbeits- und Aufgabenbeschreibung für das „Nordfriisk Instituut“ und die nordfriesische Wörterbucharbeit der Gegenwart. Was „insbesondere“, wie es heißt, die Sprache betraf, sollte man „auch dahin streben, eine Grammatik und ein Glossarium“, also ein Wörterbuch der friesischen Sprache zustande zu bringen. Und das war vor 176 Jahren!

Sprachverteidigungen waren ein typischer fester Bestandteil dieser aufkommenden Nationalbewegungen, denn ihre Sprachen hatten fast immer zunächst um ihre Anerkennung als ech-

te, selbständige Sprachen mit einem eigenen sprachgeschichtlichen Ursprung zu kämpfen. Eine solche „Sprachverteidigung“ des Nordfriesischen schrieb Pastor Nicolaus Outzen aus Breklum 1818 in den Kieler Blättern: Man dürfe das Nordfriesische „nicht etwa, wie einige aus gar zu hoher Einbildung von ihrer eigenen (Sprache) oder bloßer Unkunde anderer, für ein seltsames Mißgewächs oder Unkraut ansehen, das ausgegätet oder ausgereutet werden müßte“, sondern man müsse es vielmehr „... hoch und werth schätzen und zu erhalten suchen“.

Das richtete sich besonders gegen die jüngeren rationalistischen Lehrer in den Schulen auf dem Lande, die von den neuen Lehrerseminaren kamen. Sie meinten, die fortschreitende Aufklärung könne nur mit der hochdeutschen Sprache kommen. Die friesische Sprache war ihnen daher im Wege, und sie wollten ihren Schülern abgewöhnen, ihre friesische Muttersprache zu sprechen.

Pastor Outzen begann in Breklum selbst mit einem „Glossarium der friesischen Sprache“, das er 1824 nach Kopenhagen schickte, wo es 1837 gedruckt wurde. Schon 1817 hatte Bende Bendsen aus Risum auf der dänisch sprechenden Insel Ærø das erste Kapitel seines Buches „Die nordfriesische Sprache nach der Moringer Mundart“ geschrieben. Er schickte sein Buch ebenfalls 1824 an die „Kgl. Dänische Gesellschaft der Wissenschaften“, und der berühmte dänische Sprachforscher Rasmus Rask gab, dadurch angeregt, 1825 seine „Frisisk Sproglære“ heraus, die wiederum die Westfriesen zu einer intensiveren Beschäftigung mit ihrer eigenen Sprache bewog. In dieser frühen Zeit war es also noch so, daß ein Nordfriese indirekt die friesische Bewegung in Westfriesland inspirierte, später konnte es dann nur noch umgekehrt sein.

In Nebel auf Amrum saß seit 1827 Pastor Lorenz Friedrich Mechlenburg im Amt seines Vaters. Er hatte in Kopenhagen studiert und von dort 1828 die Anregung bekommen, sich um die Aufzeichnung der friesischen Sprache und ihrer Sprichwörter zu kümmern. Im März 1843 machte er den Vorschlag, ein Wörter-

buch der nordfriesischen Sprache mit ihren verschiedenen Mundarten anzufertigen. Im Sommer desselben Jahres 1843 wurde er von dem reisenden englischen Sprachforscher Cleasby endgültig aus seiner „Lethargie“ erweckt, wie er selbst später schrieb. Cleasby konnte auch davon erzählen, daß man in Westfriesland mit großer Energie an einem westfriesischen Wörterbuch arbeitete.

Mecklenburg machte sich aber doch noch Gedanken darüber, wie er in seiner isolierten Stellung auf Amrum ein so großes Werk eigentlich durchführen sollte. Da kam ihm der Sylter Küster und Lehrer Christian Peter Hansen zur Hilfe, der Sohn Jap Peter Hansens. Kurz nach Richard Cleasby war auch Hansen im Spätsommer 1843 auf Besuch bei Pastor Mecklenburg auf Amrum. Beide meinten nun, ein Wörterbuch des Nordfriesischen mit seinen Mundarten zu machen, sei „zu kostspielig“. Und sie beschlossen, stattdessen zusammen eine friesisch geschriebene Zeitschrift für ganz Nordfriesland herauszugeben. In ihr sollten die Beiträge aus den einzelnen Gebieten in ihrer eigenen Mundart geschrieben werden. Auf diese Weise, hoffte Mecklenburg, könne man „dem ferneren Verlorengehen friesischer Wörter und Redensarten einen Damm setzen“, die nordfriesische Sprache für Wissenschaft und Nachwelt aufbewahren und in den Nordfriesen selbst ein Interesse für die Erhaltung ihrer Sprache wecken. Der Verleger des „Husumer Wochenblattes“, der Buchdrucker Meyler, wollte den Verlag dieser friesisch geschriebenen Zeitschrift übernehmen.

Im Frühjahr 1844 war alles vorbereitet, und Mecklenburg hätte jetzt seine Aufforderung zur Mitarbeit an einer solchen Zeitschrift veröffentlichen können. Aber er zögerte immer noch, und so kam es, daß dieser vielversprechende Plan zum Zeitpunkt des ersten Bredstedter „Volksfestes der Nordfriesen“ noch nicht öffentlich bekannt war. Ein solches nordfriesisches Publikationsorgan hätte durchaus ein nordfriesisches öffentliches Bewußtsein herbeiführen können, und das erst recht, wenn es in die Hände der beiden Männer gelangt wäre, die wir jetzt zu besprechen haben.

1.3. Die Entdeckung einer Nationalität

Daß sogar ein nordfriesisches Nationalbewußtsein möglich war, oder die Entdeckung, daß sie als Nordfriesen mit einer selbständigen Sprache und einem eigenen Volkstum durchaus eine eigene nationale Identität hatten, die sie unterschied von Deutschen und Dänen, das hatten nämlich zwei andere Nordfriesen gerade in den Jahren 1840 bis 1844 an sich selbst erlebt. Und das waren starke Erlebnisse gewesen! Es handelte sich um Christian Feddersen und Knut Jungbohn Clement.

1.3.1. Christian Feddersen - „Ihr habt von Gott ein eigen Land ... eine eigene Sprache“, wie ein friesisches „Volksfest der Nordfriesen“ aussehen sollte

Christian Feddersen stammte aus dem Hause des gebildeten Bauern Harke Feddersen in Westerschnatebüll. Dieser hatte sich aus eigenem Antrieb erstaunlich viel vom Wissen seiner Zeit angeeignet und seine Kinder im wesentlichen selbst unterrichtet, zum Beispiel in Latein, Literatur und Philosophie. Die Familiensprache war friesisch, aber er las mit ihnen auch das Neueste und Anspruchvollste, was es in der hochdeutschen Sprache damals gab, wie etwa die Philosophen Immanuel Kant, Fichte und Herder. Zum Beispiel lernte der junge Christian Feddersen schon durch seinen Vater Herders „Ideen zu einer Philosophie der Geschichte der Menschheit“ kennen, die eine der wichtigsten geistesgeschichtlichen Quellen der damals in Europa entstehenden Nationalbewegungen sind.

Christian Feddersen wurde Pastor in Nordhackstedt. Dort sprach man Hochdeutsch in Kirche und Schule, in den Häusern aber einen jütisch-dänischen Dialekt, Plattdänisch, nicht Nordfriesisch wie bei ihm zu Hause in Westerschnatebüll. Hier in Nordhackstedt wurde Christian Feddersen um 1840 mit der dänischen Sprach- und Volkstumsbewegung und mit den Ideen des dänischen Theologen und Volkserziehers Grundtvig über Sprache und Volkstum bekannt. Nach ihnen ist die nationale Identität,

also das sichere Verwurzelte in der eigenen Sprache und im eigenen Volkstum, die Vorbedingung für ein volles und erfülltes Menschenleben in der Gemeinschaft des Vaterlandes und auch für das christliche Heil.

Als Christian Feddersen nun diese Ideen als Maßstab an sich selbst anlegte, mußte er erkennen, daß er selbst weder Deutscher noch Däne war, sondern Nordfriesen - und das war vermutlich das erste Mal, daß das vor diesem geistesgeschichtlichen Hintergrund von einem Nordfriesen so bewußt erlebt wurde.

Es muß ein sehr starkes Erlebnis gewesen sein, durch das fast explosionsartig etwas ausgelöst wurde, was in seinem Inneren längst vorbereitet war. So jedenfalls kommt es uns heute vor, wenn wir seine kleine Schrift „Fünf Worte an die Nordfriesen“ lesen, die er 1842 schrieb. Was für ihn galt, mußte auch für seine nordfriesischen Landsleute gelten. Dieses Erlebnis sollten sie auch haben können. Volkserzieher hatte er schon immer werden wollen. Christian Feddersen entwarf das Programm einer nordfriesischen Nationalbewegung.

Einige Zitate sollen das zeigen: „Wie hast du doch so wenig, gar so wenig von dem, was du wolltest, für deine Friesen tun können!“, klagt er sich selbst an. Das soll nun anders werden. Nordfriesland ist bedroht, das Meer und frühere Kriege haben es hart getroffen, und „die deutsche Sprache von Süden und die dänische von Norden und Osten und fremde Sitte, fremdes Leben haben Eingang gefunden“. Eiderstedt, Nordstrand und Pellworm sind fast verloren. „Die Eitelkeit mancher, welche sich des kleinen Volkes, der alten Sitte, der alten Sprache schämen, hat im Stillen gearbeitet an der Schwächung“ des Friesentums und das „Volksbewußtsein immer mehr verdrängt“. Er dagegen ruft ihnen zu: „Höret nicht auf, Friesen zu sein!“ Und er gibt ihnen seine Definition des Begriffes Volk: „Ihr habt von Gott ein eigen Land, eine eigene Natur des Geistes und Gemütes, eine eigene Geschichte, also eine eigentümliche Bildung durch Natur, Bestrebungen und Schicksale, ihr habt auch eine eigene Sprache, die dem allen angemessen ist. Jeder Mensch muß immer sein ei-

gentümliches, von Gott ihm aufgedrücktes Gepräge bewahren, so denn auch jedes Volk...“.

Darum sollen die Nordfriesen vor allem ihre Sprache bewahren: „Sie ist das anpassende Gewand des friesischen Sinnes; die Zerstörung dieses Sinnes muß dem Innern schaden und Halbheit und Fremdes in Euer Wesen bringen.“ Sie sollen „das Volksbewußtsein bewahren und näher, als Genossen eines Volks, zusammentreten“. Vor allem sollen sie versuchen, auch in ihrer friesischen Sprache zu schreiben und eine friesische Öffentlichkeit zu schaffen: „Gegenseitig wollen wir einander mitteilen, was uns wichtig ist, wollen uns beraten miteinander und zusammen fördern unser gemeinschaftliches Wohl.“ Dazu wären eine friesisch geschriebene Zeitschrift, die allgemein gelesen würde, das Singen friesischer Lieder und „angemessene Volksfeste“ geeignet. Auch dafür hatte er schon 1842 ein Konzept.

Es ist bemerkenswert zu sehen, wie Christian Feddersen sich ein „angemessenes“ friesisches Volksfest vorstellte: Möglichst im Stile „altfriesischen Lebens“ sollte es sein, „also einfach, brüderlich, frei und fröhlich und frei von jeder sinnlichen und politischen Ausschweifung“. Die friesische Sprache sollte vorherrschen, belehrende Vorträge, friesischer Gesang, Wettkämpfe und eine Ausstellung friesischer Kunst und Industrie sollten solche Feste beleben. „Beruhigend, veredelnd, erheiternd auf die ganze Versammlung“ sollten sie wirken, „und viele Teilnehmer derselben würden mit größerer Volksliebe, mit größerem Eifer das Öffentliche und das Privatwohl in ihrem Kreise fördern“. Eine Art „Katharsis“ war es, was hier eintreten sollte, eine Reinigung, innerliche Veränderung, Besserung. Als besserer Friese und Mensch sollte man das Fest wieder verlassen.

In freier Natur, an einem möglichst hochgelegenen Punkt, wo man die Aussicht auf einen großen Teil des Friesenlandes, auch auf seine Inseln, hätte, sollten die Feste gefeiert werden - man denkt sofort an den Stolberg. Diese Stätte sollte eine Art friesisches Nationalheiligtum werden, immer mehr ausgeschmückt mit Abbildungen zum Andenken an verdiente Friesen und mit

Werken der bildenden Kunst der Friesen.

Christian Feddersen ging es ganz deutlich darum, eine friesische Nationalität zu schaffen, Nordfriesland zu einem, wie er wörtlich sagte, „freundlich leuchtenden Punkt neben den deutschen und dänischen Fanden“, aber innerhalb des übernationalen dänischen Gesamtstaates zu machen.

Aber auch dieser engagierte Aufruf blieb ebenso wie der nordfriesische Zeitschriftenplan von Pastor Mechlenburg und Christian Peter Hansen bis 1845 in der Schublade liegen. Die nordfriesische Öffentlichkeit kannte beides nicht am 10. Juni 1844.

1.3.2. Knud Jungbohn Clement - „in Sprache, Abkunft und Gesinnung ein Nordfries“

Knud Jungbohn Clement wurde, obgleich er ähnlich wie Christian Feddersen seine friesische Nationalität erkannt hatte, dennoch die nordfriesische Schlüsselfigur dafür, daß nicht die bis jetzt noch wenigen Nordfriesen, die von ihrem eigenen Volkstum begeistert waren, sondern die deutschen Schleswig-Holsteiner vor 150 Jahren die Meinungsführerschaft auf dem Volksfest in Bredstedt und danach in der veröffentlichten Meinung in Nordfriesland übernahmen.

Und das kam so: Clement stammte aus einfachen Verhältnissen in Norddorf auf Amrum. Er war aus eigenem Antrieb mit 17 Jahren auf das Altonaer Christianäum gegangen. Er hatte dann in Heidelberg und Kiel Theologie, Philologie und Geschichte studiert und in Kiel über ein geschichtliches Thema promoviert.

Von 1836 bis 1839 hatte er mit dem Reisestipendium des dänischen Königs viele europäische Länder zu historischen Studien bereist und war danach zunächst in Kopenhagen geblieben. Hier begeisterte er sich für die nordische Geschichtsrantik, die nach Grundtvigs Vorträgen in Borchs Kollegium gerade auf ihrem Höhepunkt war. Den „genialen Grundtvig“ nannte er ihn in einem der beiden Bücher, die er damals in Kopenhagen - auf hochdeutsch! - über „Die nordgermanische Welt“ schrieb.

Man konnte darin lesen, daß er sich als Nordfrieser ganz als

Glied, sogar als ein allerreinstes, dieser nordgermanischen Menschheit fühlte. In anderen Veröffentlichungen seiner Kopenhagener Zeit hatte Clement auch über den drohenden Untergang der friesischen Nationalität durch das Vordringen der von ihm damals abfällig beurteilten hochdeutschen Sprache über Kanzel und Schule geklagt.

Auf dem Titelblatt seiner Kopenhagener Bücher hatte er vermerkt, er stamme von der Insel Amrum „im dänischen Friesland“. Das war zwar staatsrechtlich korrekt, wenn er es auf das Gebiet Westerlandföhr-Amrum bezogen gemeint hatte, es gehörte als reichdänische Enklave tatsächlich nicht zum Herzogtum Schleswig, sondern war Teil des dänischen Reiches. In der gefühls geladenen Atmosphäre des eben ausbrechenden deutsch-dänischen Nationalitätenkampfes um Schleswig wurde eine solche Formulierung aber von den Schleswig-Holsteinern einfach als nationales Bekenntnis zum Dänentum empfunden.

In Kiel, wo Clement jetzt 1842 Privatdozent geworden war und später Professor werden wollte, hatte sich nämlich die politische Situation seit seiner Studienzeit stark verändert. Der nationale Streit um die Zugehörigkeit des Herzogtums Schleswig strebte gerade mit dem Sprachenstreit in der schleswigschen Ständeversammlung um die gleichberechtigte Stellung der dänischen Sprache in den Verhandlungen seinem ersten Höhepunkt zu.

Der dänische nationalliberale Politiker Orla Lehmann hatte provokativ seine Forderung nach „Dänemark bis zur Eider“/„Danmark til Ejderen“ hinausgeschleudert. Die deutsch-schleswig-holsteinischen Nationalliberalen, die sog. Landespartei, hatten ein genau entgegengesetztes Programm: Schleswig-Holstein ungeteilt, „op ewich ungedelt“ bis zur Königsau und deutsch. Das waren zwei in gefährlicher Weise unvereinbare Positionen. Beide griffen sie mit der Berufung auf ein „historisches Recht“ über das Nationalitätenprinzip hinaus, die dänischen Nationalliberalen, indem sie eindeutig nicht-dänische Bevölkerungsteile im südlichen Schleswig mit Nordfriesland und die deutsch-schleswig-holsteinischen Nationalliberalen, indem

sie nicht-deutsche Bevölkerungsteile im nördlichen Teil von Schleswig in ihre Maximalforderungen mit einbezogen!

Wir können heute sehen, daß diese sog. Nationalliberalen auf beiden Seiten in Wirklichkeit gar nicht „national“ im eigentlichen Sinne waren, solange zu ihrem Programm die Eroberung und Überfremdung von Teilen einer anderen Nationalität gehörte. Infolgedessen waren sie insoweit auch gar nicht „liberal“, weil sie nicht die Freiheit und das Recht der anderen Nationalität anerkannten.

Für die schleswig-holsteinische Landespartei galt es, sich für die kommende Auseinandersetzung zu wappnen, die Front zusammenzuhalten und die Menschen in allen Teilen des Landes auf ihr Programm zu verpflichten. Nun war da aber dieser Dr. Clement, der Professor in Kiel werden wollte. Man hatte seine Kopenhagener Schriften sehr aufmerksam gelesen. Auf die Frage, ob er nun deutsch oder dänisch sei, hatte er sich in einer kleinen Schrift „Erklärendes Vorwort zur Geschichte der nordgermanischen Welt“, die er im März 1842 in Kiel herausgab, gegen den Vorwurf verwahrt, ein „danisierter Mensch“ zu sein. Aber die eigentliche Frage nach seiner Nationalität, ob deutsch oder dänisch, beantwortete er nicht eindeutig, sondern er bekannte, er sei „in Sprache, Abkunft und Gesinnung ein Nordfries“. Auf dem Titelblatt dieser Schrift stand trotzigt das Motto „Lewer duad üs Slav“. Es gilt seitdem und in dieser sprachlichen Form als Wahlspruch der Nordfriesen.

Die schleswig-holsteinischen Landespolitiker kannten jedoch keine selbständige nordfriesische Nation. Ihre neue Frage: Sind die Nordfriesen deutsch oder dänisch? wollte er zunächst nicht beantworten. Die schleswig-holsteinischen Landespolitiker waren durch Clement hellwach geworden. Sollte hier tatsächlich neben dem deutsch-dänischen ein neues deutsch-nordfriesisches nationales Problem aufkommen können? In den Büchern und Schriften Clements war diese Möglichkeit ja wirklich zum ersten Mal öffentlich ausgesprochen worden. Von den anderen Ansätzen bei Christian Feddersen und Mecklenburg/C. P. Hansen

konnten nur einzelne etwas wissen. Hier galt es also aufzupassen. Das konnte eine sehr unerwünschte Komplikation der Schleswigfrage bedeuten, und es konnte die Position der Schleswig-Holsteiner schwächen.

Sie nahmen Clement also sehr ernst und begannen, ihn zu bearbeiten. Sie diskutierten mit ihm und zwangen ihn, seine Idee einer nordfriesischen nationalen Identität in die nationalpolitische Wirklichkeit der Jahre 1842 bis 1844 hineinzusetzen und sich mit ihr auseinanderzusetzen. Das tat er auch, zum Beispiel in Artikeln im „Kieler Correspondenzblatt“.

Und dort gelang ihm, der ja selbst existentiell mitten in der Entscheidung stand zwischen Nordfriesisch, Deutsch und Dänisch, schon im Herbst 1842 die hellsichtige und in die Zukunft weisende Einsicht, daß der ganze Streit um Schleswig nur zu lösen sei durch eine Teilung Schleswigs etwa auf der Grenze zwischen hochdänischer und hochdeutscher Kirchen- und Schulsprache. Dann gehörte Nordfriesland mit seiner deutschen Schul- und Kirchensprache aber zum deutschen Teil. Das erkannte er damit an, jedenfalls verstandesmäßig. Aber gefühlsmäßig fiel es ihm schwer, sich in seinen Äußerungen immer an diese Einsicht zu halten. Die Kieler Landespolitiker waren deshalb bis zum Tage des Volksfestes in Bredstedt nicht ganz sicher, ob sie diesen wichtigen Clement wirklich auf ihrer Seite hatten.

2. Ein schleswig-holsteinisches „Volksfest der Nordfriesen“ wird vorbereitet - „aus ihrer Gesondertheit heraustreten“

Es gab auch andere Anzeichen für das Versagen der Nordfriesen im nationalpolitischen Kampf. Auf ihre kommunale und bürgerliche Freiheit seien sie „stolzer als sie wohl Ursache haben“, schrieb vorwurfsvoll der Liberale Hans Hansen in seinem Buch über die „Deutschen Volks- und Sängereisen in Schleswig-Holstein“. Sie seien „leidenschaftlich eiderstedtisch, föhringisch usw., dann friesisch und höchstens schleswigsch und schleswig-

holsteinisch“, zu dem Begriff des Deutschtums aber „erhoben sich wohl nur einzelne“.

Von einer nordfriesischen Besonderheit hielten diese jüngeren Liberalen aber gar nichts, hierin dachten sie rationalistisch und nationalzentralistisch. Und so schrieb der eben zitierte Hansen weiter: Nordfriesische Eigentümlichkeit und Sitte sei schon aus Eiderstedt und Teilen der Ämter Husum und Bredstedt gewichen, „die Inseln haben noch manches an ihren Eigentümlichkeiten bewahrt; aber der höheren Bildung, welche mit der hochdeutschen Sprache und Sitte von Süden kommt, hat auch manches schon Platz gemacht, und das halten wir für ganz gut. Soll überhaupt eine höhere Bildung, eine wahre Vaterlandsliebe Platz greifen, so müssen die einzelnen deutschen Völkerstämme aus ihrer Gesondertheit heraustreten, so müssen sie ablegen, was der geistigen Gemeinschaft hinderlich ist.“

Der Politisierung in diesem Sinne sollte das „Volksfest der Nordfriesen“ am 10. Juni 1844 in Bredstedt dienen. Nationalgefühl und Interesse für das allgemeine

Wohl sei durch nichts mehr gefördert worden als durch die großen Volksfeste, die in den letzten Jahren ringsumher in den Herzogtümern gefeiert worden seien.

In einer Zeit ohne unsere gedruckten Massenmedien, ohne Rundfunk und Fernsehen zogen diese Volks- und Sängerfeste Tausende von Teilnehmern aus allen Gesellschaftsschichten und allen Altersgruppen an, etwa vergleichbar der Anziehungskraft - bitte mit allem Vorbehalt, und nur, was diese Anziehungskraft angeht - , die heute die „Open Air Festivals“ auf die jungen Leute ausüben. Solche Volksfeste boten den dazu entschlossenen politischen Führern die Möglichkeit, politische Botschaften und Parolen zu verbreiten und die politische Meinungsbildung ganzer Landschaften zu beeinflussen, auch mit Mitteln der Meinungsmanipulation!.

Eine kleine Gruppe um den Ständeabgeordneten Paulsen aus Effkebüll und den Kriegsassessor und Postmeister Magnussen,

Bredstedt, lud 55 Männer aus ganz Nordfriesland ein, die ihnen als Patrioten bekannt waren, ein Festkomitee zu bilden. Es waren insbesondere die jüngeren Akademiker, die von den deutschen Universitäten die neuen liberalen und nationalen Ideen mitgebracht hatten. Als Patriot in diesem Sinne galt zum Beispiel der eben erst etablierte Advokat Theodor Woldsen-Storm, der auch Mitglied des Festkomitees wurde, nicht aber sein mehr konservativer Vater, der in der ganzen Landschaft hoch angesehene Advokat Johann Casimir Storni, der doch immerhin der Ständeabgeordnete für die Umgebung Husums war.

Der Advokat Cornils aus Garding konnte wegen Krankheit an der Sitzung des Festkomitees nicht teilnehmen und schrieb stattdessen einen Brief, in dem er feststellte, daß der Nordfriese sich in der gegenwärtigen politischen Situation nicht abschließen dürfe, das wäre ein verderblicher Partikularismus, sondern er müsse sich zur Einheit des größeren schleswig-holsteinischen Vaterlandes bekennen. „Möge es im übrigen geschehen, in welcher Zunge es wolle“, fügte er noch hinzu. Falls „diese Auffassung der Bedeutung des Festes“ auch die des Komitees sei, so sei er zur Förderung des Zweckes bereit. Und so war es wohl, denn dieser Brief ist später in den offiziellen Festbericht aufgenommen worden.

Damit war klargestellt, daß ein national-friesisches und im übrigen unpolitisch-volkstümliches Fest nach Christian Feddersens Vorstellung nicht gewollt war. Er wurde zwar eingeladen, am Festkomitee teilzunehmen, aber er erschien nicht, um evt. seine Auffassung von einem „Volksfest der Nordfriesen“ zu vertreten.

Dem siebenköpfigen Festkomitee gehörten zwei Landmesser, drei Advokaten, wovon der eine Theodor Storm war, der Kriegsassessor Magnussen und der Präsident des Festes, Inspektor Nicolai Carstens, Lindholm. Drei von den sieben waren in Nordfriesland gewählte Abgeordnete der schleswigischen Ständeversammlung.

3. Der 10. Juni 1844 in Bredstedt - „es gelingt“

3.1. Anlage und Verlauf des Festes

Die Organisation klappte ganz vorzüglich. Anlage und Verlauf des Festes sind uns durch den gedruckten offiziellen Bericht des Bredstedter Advokaten Paul Lorentzen, der auch Mitglied des Festkomitees war, und durch das Buch über die „Volks- und Sängereisen in Schleswig-Holstein“ des Eckemförder liberalen Literaten Hansen sowie durch Zeitungsberichte, einige Privatbriefe und Tagebuchaufzeichnungen recht gut bekannt.

Wir können dadurch einen ziemlich lebendigen und auch differenzierten Einblick bekommen in die Gedanken und die Gefühlswelt, von denen dieses wichtige Ereignis in der Geschichte Nordfrieslands getragen wurde.

Der Festplatz - Garten und angrenzende Koppel des Kriegsassessors Magnussen - war so gewählt, daß man von ihm aus die Marsch, die Nordsee und die davor liegenden Inseln Nordstrand, Nordstrandisch-Moor und einen Teil von Eiderstedt sehen konnte. Drei große Zelte, deren offene Seite auf das Meer wies, umsäumten einen Pavillon mit Platz für das Festkomitee, die Tondener Liedertafel, das Musikkorps und die Rednertribüne.

Inschriften über dem Eingang zur Festwiese - von außen und von innen - prägten dem Besucher die politische Absicht des Festes ein. So durch den Grundgedanken des Nationalliberalismus: „Nationalbewußtsein ist unzertrennlich von Gemeinsinn; letzterer zeuget nur von des ersteren Dasein.“ Oder indem man christlichem Denken ziemlich unvermittelt eine politische, wenn nicht gar nationalpolitisch antidänische Richtung gab mit dem Spruch: „Auf Gott ruht stets des Friesen Zuversicht, dem Glauben steht die Treue im Vereine, drum wanken wir vor fremdem Schwindel nicht.“ Man wird erinnert an die Zeile aus dem Schleswig-Holstein-Lied: „wanke nicht, mein Vaterland“, aber dieses Lied wurde erst einen Monat später auf dem Sängereisen in Schleswig bekannt.

Am Markt, von dem der Festumzug vom „Landschaftlichen

Haus“ aus um 10 Uhr mit Kanonendonner und voller Musik zum Festplatz ging, leuchtete groß das berühmte politische Schlagwort der Schleswig-Holsteiner aus der niederdeutsch geschriebenen Ripener Urkunde von 1460: „Wy laven, dat Schleswig und Holsten bliven ewich tosamende ungedeelt“.

Das „Itzehoer Wochenblatt“ schrieb über die friesischen und schleswig-holsteinischen Aussagen und Symbole auf dem Fest: „Der friesische Wahlspruch „Lieber tot als Sklave“ war in friesischer und hochdeutscher Sprache allerorten zu lesen; aber neben den Fahnen mit dem friesischen Wahlspruch und dem friesischen Wappen flatterte hoch eine Fahne mit den Farben und dem Wappen Schleswig- Holsteins“ - und das war die erwünschte Rangordnung.

Auf dem Festplatz sangen alle „voll Vertrauen“, wie es im offiziellen Festbericht heißt, das Lutherlied „Ein feste Burg ist unser Gott“. Es gehörte seit dem Wartburgfest 1817 zum festen Repertoire aller deutschen Volks- und Sängereisen. Ein Lied, das alle in Bredstedt kannten und dessen nicht ganz unmilitärische Sprache sich gut dazu eignete, im Grenzbereich zwischen Christentum und Politik ein wehrhaftes Gemeinschaftsgefühl zu schaffen gegen den „altbösen Feind“.

Dann begann der Präsident des Festes, der Ständeabgeordnete Inspektor Nicolai Carstens aus Lindholm, die Reihe der Ansprachen. Seine Rede wurde eine geschickt angelegte und sicher wirkungsvolle Unterrichtsstunde in politischer Erziehung zu demokratischem Selbstbewußtsein und nationalpolitischer Wachsamkeit.

Carstens warb zunächst für die politischen Ideen der schleswig-holsteinischen Landespartei. Und er konnte sich sogar auf einen Nordfriesen berufen! Der Sylter Uwe Jens Lomsen habe die Schleswig-Holsteiner als erster aus ihrer unrühmlichen Untätigkeit und Teilnahmslosigkeit an öffentlichen Angelegenheiten aufgerüttelt. „... Und diesen „Feuergeist voll Kraft und Energie, voll glühender Begeisterung für Wahrheit, Recht und Bürgerglück“, rief er ihnen zu, können „wir Friesen mit Stolz den unsri-

gen nennen“.

Volksfeste wie dieses hätten neben der festlich-freudigen auch eine ernstere Seite. Sie sollten der „Verdampfung der Gemüter“, der „Trennung und Isolierung der verschiedenen Klassen der Staatsbürger“ im einförmigen Treiben des täglichen Lebens, der ängstlichen Sorge für den Erwerb, entgegen wirken; „indem das damit verbundene Vergnügen die Gemüter erwärmt und die Herzen für jede edle Empfindung empfänglicher macht, sollen wir uns unserer Würde als Menschen und unserer Stellung zueinander und zu dem gemeinsamen Vaterlande als Staatsbürger mit Klarheit bewußt werden.“

Mit anderen Worten, seine Zuhörer sollen als in Gemüt und Bewußtsein veränderte und verbesserte schleswig-holsteinische Staatsbürger nach Hause zurückkehren. Es ist wie bei Christian Feddersens Plan für ein rein nordfriesisches Volksfest, nur, daß man bei ihm als ein besserer Nordfrieser nach Hause zurückkehren sollte!

Klarheit über die Stellung zum gemeinsamen Vaterland ist nötig, fährt Inspektor Carstens fort, denn „der Feind ist vor den Toren“. Und damit ist hauptsächlich der dänische Nationalliberalismus gemeint mit seiner auch für Nordfriesland bedrohlichen eiderdänischen Forderung „Danmark til Ejderen“/„Dänemark bis zur Eider“.

Im Vertrauen auf das „ehrenwerte und besonnene“ Volk der Dänen und „die Weisheit und Gerechtigkeit unseres geliebten Königs“ schloß er mit einem Hoch auf den „Herzog und König Christian VIII.“, worin auch alle mit wiederholtem Hurrah! einstimmten.

Bis zum Mittagessen trat die Tonderner Liedertafel auf, u.a. mit dem Lied Ernst Moritz Arndts „Was ist des Deutschen Vaterland?“ sich abwechselnd mit dem Musikchor, wie es im Festbericht heißt.

1300 Menschen nahmen an dem Mittagessen auf dem Festplatz teil, das sie schon mit dem Eintrittsgeld bezahlt hatten. Der damals einundachtzigjährige Bauer Hans Nissen aus Wallsbüll

südlich von Bredstedt schrieb darüber in sein Tagebuch, der Gastwirt des Landschaftlichen Hauses, Jakob Jessen, habe dazu „angeschaffet und geschlachtet 8 quiegen, 14 Kälber 150 Schinken 1200 Kuchen etc. alles kalte Kost, wober Wein im Überfluß, der jedoch jederman bezahlen mußte ... Es wurden dabei verschiedene Reden gehalten, wozu bei(ungefähr) 14 Musicanten auf verschiedene Instrumenten u Canonen sich zwischenein hören ließen, welches für einige angenehm, für einige aber durch den Knall für (vor) Schreck unangenehm wurde“. Es sei „ein schönes Wetter gewesen“, vergaß er als Bauer natürlich nicht anzumerken.²

Der Advokat Paul Lorentzen hatte vom Festkomitee den Auftrag erhalten, während des Essens der „friesischen Nation ein Hoch“ zu bringen und sie gleichzeitig an die Deutschen heranzubringen. Und das tat er unter großem Beifall auf Plattdeutsch, denn „Wi Freeschen könen lank nich mehr altomal de freesche Sprak. De dänsche un de plattdütsche Sprak hebbn sik bi uns allmällig so indrängt, datt man in gröttere Gesellschaften bald gar ken Freesch mehr hört. Von disse beide Spraken hett aber de plattdütsche bewiden am meisten Ingank fundn, und dat mit Recht, denn de plattdütsche Händedruck kummt de freesche am neegsten... Uk kommt man in de Sprak nich in Gefahr, to vergeten, wat uns Freesche int Blot sitt: 'lewer düd as Slav!', was nach Advokat Lorentzen für die Friesen bedeutet, „dat vi glike frie Lüde sind und ken anner Adel kennen as de, de int Hart sitt... So ist de Freesche Karakter; und de is woll wert, dat de erholln ward. Daröwer ist nu to Tid ok bi dat dütsche Volk ken Twiwel mehr: ... Beden wi de Dütschen unsre Hand; wi dörn nicht twiweln, dat se de nich annehmen; denn wi holln in unsre Hand und fören se to, wat se verloren hebben un nu ernsthaft söken, glike Frieheit.“

Der Advokat Krebs hatte die Aufgabe, dem vereinigten Schleswig-Holstein ein Hoch auszubringen und sprach dabei mit allgemeinem Beifall aus, daß „wir Friesen entschieden abgeneigt seien, Dänen zu werden“.

Dr. Clement, wie er im Festbericht genannt wird, brachte wäh-

rend des Essens einen kurzen Trinkspruch „im Dialekt der äußersten Frieseninsel“ aus, wie es im Festbericht heißt. Man hat den Eindruck, daß hier bewußt vermieden wird, von einem Dialekt der nordfriesischen Sprache zu reden. Der Inhalt von Clements Trinkspruch wird in hochdeutscher Übersetzung zitiert, so daß der ganze offizielle Festbericht vom „Volksfest der Nordfriesen“ keinen einzigen friesischen Satz, wohl aber die eben zitierte plattdeutsche Rede enthält.

Nach dem Essen hielt Clement dann eine längere Rede. Auf die war man von seiten der Veranstalter wegen seiner früher geäußerten unabhängig friesischen Gesinnung ganz besonders gespannt. Er sprach Hochdeutsch, „welche die gemeinsame Schul- und Kirchensprache aller Friesen zwischen Wiedau und Eider geworden ist“. Dann kam eine bewegte Klage über den Verfall der Größe Nordfrieslands seit dem Mittelalter. „Ihr seid nicht, was Eure Vorväter waren“, rief er seinen Zuhörern zu, „und wer sich dünket, etwas zu sein, der wisse, daß er nichts ist, denn alles liegt kraftlos da, auseinandergefallen in Brocken und Scherben. Keine Einheit, keine Einigkeit, kein Gemeinwesen, kein Mut mehr!“ Sie seien jetzt „auf die niedrigste Staffel des Volkstums gekommen. Das frühere Ganze ist längst zerstört, die einzelnen Teile liegen zerrissen, zwiespältig, schlaff und matt, feig und kümmerlich da, und das Volk, das einst so frei und ruhmvoll war, beklagt nun sein verlorenes Recht nur in nichtigem Gerede.“

Auf diese Klage folgte nun der Aufruf zu einer neuen Volksgemeinschaft, denn „wer sich selbst begräbt, weicht von Gott ab und wird dem Teufel ähnlich. ... Ich bin auf getreten, um Euch ans Herz zu legen, daß Ihr eben so, wie Ihr hier jetzt zu Tausenden Ohr an Ohr und Hand an Hand steht in Einmütigkeit und Eintracht, wie es scheint, zusammenwachsen müsset in einen großen, herrlichen Volkskörper, in dessen Geist unsrer Vorväter Gemein Sinn, Mut, Kraft, Redlichkeit und Freiheitsliebe wohnen. ... So zerfallen und zerbröckelt dürfet Ihr nicht bleiben.“ Wenn die vielleicht 5000 bis 6000 Nordfriesen, die Clement jetzt vor sich hatte, seiner Rede bis hier aufmerksam zugehört hatten, dann

konnten sie sich Vorkommen wie auf einem nordfriesischen Volksfest, wie Christian Feddersen es sich vorgestellt hatte. Und sie mußten an dieser Stelle erwarten, daß er sie nun zu einer Erneuerung der von ihm so großartig geschilderten früheren nordfriesischen Volksgemeinschaft aufrufen würde. Die schleswig-holsteinischen Veranstalter des Festes aber mußten zittern. Sollte jetzt doch alles in die nordfriesische Richtung laufen, die man gerade nicht gewollt hatte? War seine Begeisterung für das Friesische nun doch mit ihm durchgegangen? Sie hielten vermutlich den Atem an. Aber Clement schloß ganz unvermittelt und überraschend mit den folgenden zwei Sätzen: „Wenn die Friesen, wo sie auch wohnen, nie recht Ursache gehabt haben, die Geest- und Landmenschen mit Liebe zu umfassen; so seid Ihr doch gehalten, Euch immer mehr an die deutschen Herzogtümer anzuschließen, um mit ihnen die Schicksale der Zukunft zu teilen. Abgerissen von Allem um Euch her, in dieser Zeit, gehet Ihr vollends unter.“ Er war wieder auf den Boden der Wirklichkeit zurückgefallen, und er hatte die ihm aufgetragene Botschaft abgeliefert. Aber dieser überdeutliche Bruch in seiner Rede zeigt das ganze Ausmaß seiner eigenen inneren Zerrissenheit.

Von den übrigen Rednern versuchten fast alle, die damals aktuellen politischen Parolen der schleswig-holsteinischen Landespartei populär zu machen. Einen ganz anderen mehr weltoffenen Ton brachte der Sylter ehemalige Kapitän Jens Bleikken in das Fest hinein. Wie aus einer ganz anderen Welt kommend, vertrat er die Ideale weltbürgerlicher Aufklärung: „Freien Handel und Verkehr und freien Austausch der Gedanken“ und eine „Universal-Regierung, keine Universal-Monarchie!“ wünsche er, und daß alle Staaten nach den Grundsätzen des gesunden Menschenverstandes und der Intelligenz regiert würden. Sein dreimaliges „Hurrah“ galt „allen tatkräftigen Männern, die von Vaterlandsliebe und Liebe für die ganze Menschheit beseelt sind, wie Uwe Lornsen war“. Und dazu muß man wissen, daß Jens Bleikken nicht nur ein Vetter Uwe Jens Lornsens, sondern auch sein

bester Freund auf Sylt gewesen war.

Von allen im offiziellen Festbericht zitierten Reden unterschied sich auch die von Rathmann Friedrichsen, Pellworm. Er machte König Christian VIII. den Vorschlag, „daß dem zur Selbstbeherrschung vollständig ausgebildeten Friesen-Volk die unumschränkte Freiheit gegeben werde, sich selbst zu regieren. Jede Oberherrschaft über die Friesen ist überflüssig.“ So hat später in Nordfriesland nur noch einmal einer gesprochen, und das war der Nordfrieze und europäische Revolutionär Harro Haring am 23. Juli 1848 vor dem „Landschaftlichen Haus“ in Bredstedt.³

Nach dem offiziellen Teil des Festes wurde ab 6 Uhr abends bis in den Morgen hinein getanzt und gezecht. Und da die Musik „schon“ um 3 Uhr morgens aufhörte, wie der Wallsbüller Bauer Hans Nissen notierte⁴, machten sich die meisten gleich auf den Heimweg, weil es schon wieder hell wurde, auch wenn sie einen etwas weiteren Weg hatten. So blieben die meisten Betten, die die Bredstedter für die Gäste in ihren Häusern bereitgestellt hatten, unbenutzt.

3.2. Beurteilung des Festes durch Zeitungen und Besucher

Das „Husumer Wochenblatt“ meldete den Erfolg des Festes. Sein Zweck, „eine Vereinigung aller Friesen“, sei erreicht worden, „denn es fehlten aus keinem friesischen Distrikt zahlreiche Teilnehmer.“ Und durch den Besuch vieler Schleswig-Holsteiner könne es auch ein schleswig-holsteinisches Volksfest genannt werden. In den meisten Reden habe die schleswig-holsteinische und deutsche Tendenz sich ausgesprochen und Anerkennung gefunden. Auch im festlich-fröhlichen Teil bis zum frühen Morgen sei, „wie den ganzen Tag, nicht Nordfriesland die Losung“ gewesen, „sondern Schleswig-Holstein, deutsches Streben, deutsches Wesen“. Überall habe Jubel und Heiterkeit, Lust und Freude geherrscht, aber „ermäßigt durch den Zweck des Festes, in welchem die Friesen, fern von allem Partikularismus, sich ihren Brüdern, den Schleswig-Holsteinern, offen anschlossen“. Das „Kieler Correspondenzblatt“ war da schon etwas kritischer.

Zwar sei die Stimmung im „ganzen, obwohl friesisch, doch sehr schleswig-holsteinisch“ gewesen, „aber keineswegs sollen allgemeine deutsche Beziehungen Anklang gefunden haben“.

Daß auch die Organisatoren dieses Festes mit allen Mitteln der Beeinflussung dem schleswig-holsteinischen Gedanken in Nordfriesland Bahn brechen wollten und sich ihres Erfolges durchaus nicht von vornherein sicher gewesen waren, zeigen ein paar private Äußerungen von Festteilnehmern.

So schrieb Johann Chr. Todsens aus Tondern noch nach dem zweiten Volksfest 1845 rückblickend an Clement, daß es leicht zu Unruhen hätte kommen können, wenn das Festkomitee die Redefreiheit dahin ausgedehnt hätte, „daß jeder, der nicht schleswig-holsteinisch gesinnt wäre, sich gegen diese Tendenz frei aussprechen und reden dürfe“. Dies hätte nicht nur der Propaganda - er meint des dänischen nationalen Gegners - dienen, sondern auch zukünftige Volksfeste gefährden können. Man hatte also dafür gesorgt, daß die Reden vorher angemeldet werden mußten, damit nicht die falschen Leute das Wort bekämen.

Theodor Storm setzte sich noch in der Nacht nach der Rückkehr von dem Fest hin und schrieb seiner Braut Konstanze Esmarch spontan über seine lebendigen Eindrücke. Dadurch entstand eine Geschichtsquelle von einzigartiger Frische! Er hatte noch nicht darüber geschlafen, noch kaum Zeit gehabt, das Erlebte zu ordnen und in der Erinnerung zu filtern. Nur durch spöttisch-überlegene Ironie konnte er sich einen inneren Abstand verschaffen. Was er von dem Erlebten und Beobachteten mitteilte, lag also für den jungen Advokaten und äußerst sensiblen kommenden Dichter in diesem Augenblick ganz obenauf.

Den eben zitierten J. Chr. Todsens aus Tondern nannte er einen „gefühlvollen Dänenfresser, der an diesem Tage fünfzig Reden hielt, von denen keine einzige einen Sinn hatte, und der nach Beendigung der fünfzigsten meinem Kollegen Lorentzen um den Hals fiel und ihm mit Freudentränen in den Augen zuflüsterte: Es gelingt!“

Er könne ihr noch viel erzählen, schrieb er weiter, zum Beispiel von dem Advokaten Bruhn und dem Dr. Nagel, die „im Glanze der Lampen und Pechfackeln hoch oben auf dem Balkon des Pavillons standen, sich in seliger Betrunkenheit umschlungen hielten und über die zu ihren Füßen tanzenden Bauembengel hinaus deklamierten:

‘Brüder,
überm Ster-
nenzelt Muß
ein guter Vater
wohnen.’“

Oder von dem Advokaten Beseler, „der die Leute von der Tribüne herab politisch konfirmierte, so daß sie ihm ordentlich antworteten und sich alles herauskatechisieren lassen und ihm alle ihr politische Glaubensbekenntnis hersagen mußten, was diesmal das alte Friesenwort ‘Lever düt as Slav’ war“, oder von den anderen „Volkspopanzern“.

Es scheint, als habe Theodor Storm diese Situationen als nicht angemessen, ja grotesk empfunden, weil die Absichten der politischen Agitatoren die anwesenden nordfriesischen Menschen so gar nicht erreichen konnten, und sie einander fremd bleiben mußten. Denn es ging damals in Bredstedt ja im Grunde mehr um eine mit allen Mitteln der politischen Demagogie, der literarisch-sprachlichen und auch der alkoholischen Berausung herbeigeführte Manipulation der politischen Meinung, als um ein ehrliches Überzeugenwollen, das die anwesenden Nordfriesen als selbständig denkende, aufgeklärte oder in freier Diskussion unter Gleichberechtigten aufzuklärende Menschen ernst nahm und achtete.

Das in dieser rauschhaften Verbrüderungsstimmung entstandene Gefühl einer höheren Gemeinschaft konnte nur eine gefährlich oberflächliche Illusion sein. Das ist nach Meinung des Verfassers die Aussage, die in dem grotesken Bild Theodor Storms von den „in seliger Betrunkenheit umschlungenen“ Akademikern enthalten ist, die hoch über die „zu ihren Füßen tanzenden Bau-

ernbengel hinaus“ die erste Strophe aus Schillers Lied „An die Freude“ deklamierten, mit dem wunderschönen, aber mindestens in dieser Situation illusionären „Seid umschlungen, Millionen!“.

Etwas Ähnliches wie Storm mit seiner ironischen Kritik an dem Fest muß der „Altonaer Merkur“ gemeint haben, wenn er schrieb: Ein solches Fest wäre noch interessanter, „wenn es ohne politische Partheifärbung stattfinden könnte, die uns immer als etwas Aufgetragenes erscheint“.

Ein interessanter Beobachter ist auch der Tonderner Woll- und Spitzenhändler Jens Wulff, der für seine soliden Geschäfte von Jütland bis nach Altona und Hamburg auf den Frieden zwischen den Deutschen, Dänen und Friesen angewiesen war. Für diesen echten alten Gesamtstaatler war der Besuch des Festes in Bredstedt eine eher negative Erfahrung. Er schrieb in sein Tagebuch: „Zuerst machte es mir Spaß und interessierte es mich, aber die allzu vielen, zum Teil langen Reden, die besonders darauf zielten, die Dänen verhaßt zu machen, gefielen mir nicht und langweilten mich, und ich verließ das Gedränge (mylderer) um vier Uhr.“

Sogar der deutsche liberale Chronist der „Volks- und Sängeresfeste in Schleswig- Holstein“ empfand die Reden, die in Bredstedt gehalten wurden, als „zu einseitig antidänisch“.

Man kann also durchaus seine Zweifel haben, wieviel von der beschriebenen Agitation in den Ohren und Köpfen der 5 bis 6000 Menschen auf der Festkoppel wirklich angekommen ist, und welche Tiefenwirkung sie gehabt hat. Wie hat man z. B. diese vielen Menschen ohne eine moderne Lautsprecheranlage überhaupt akustisch erreicht?

Und was haben die Bauern von der Sprache der Studierten verstanden? Ist etwa der Bauer Hans Nissen aus Wallsbüll typisch, der in seinem Tagebuch über das Fest vermutet: „Der Zweck zu diese große Anstalt ist wohl dem Landinspector Tiedemann zu Ehren angestellt, der sich große Mühe macht, die Landesbank in Kraft zu stellen, worin er in seine hier gehaltene

Rede sich äußerte, daß die Einsätze der Westküste sich nur sehr sparsam dabei einfende“.⁵ Er hatte verstanden, daß die Nordfriesen mehr Geld als bisher für die schleswig-holsteinische Sache geben sollten, indem sie es in die Landesbank setzten und nicht in die dänisch kontrollierte Filialbank in Altona. Und der Bauer Peter Feddersen aus Westerschnatebüll, ein Bruder Christian Feddersens, des Verfassers der „Fünf Worte an die Nordfriesen“, der nicht selbst in Bredstedt gewesen war, notierte in sein Tagebuch: „übrigens ein seltsames Fest“.⁶ Keine Spur von Begeisterung.

4. Nordfriesland im Spannungsfeld zwischen Deutsch und Dänisch

Was die Tiefen- und Breitenwirkung der schleswig-holsteinisch-deutschen politischen Agitation in Nordfriesland betrifft, muß man also kritische Einschränkungen machen. Dennoch ist nicht zu bezweifeln, daß Nordfriesland seitdem mehr und mehr an der politischen und nationalen Entwicklung auf der Seite der Schleswig-Holsteiner teilnahm. Mit den Zeitungen, z. B. dem „Husumer Wochenblatt“, hatten diese die veröffentlichte Meinung auf ihrer Seite.

Das politische Schlagwort „Lewer duad üs Slav“ konnte als politisches Bekenntnis der Nordfriesen dienen und in der politischen Agitation sowohl als liberale Forderung nach gleicher, freier Selbstbestimmung aller Menschen, als auch im nationalen Sinne als Freiheit von den Übergriffen des eiderdänischen Nationalismus verwandt werden. In der Folgezeit hat es immer in diesem Sinne gewirkt. Und so hat gerade der „Wahlspruch der Nordfriesen“ wesentlich dazu beigetragen, daß in der schleswig-holsteinischen und deutschen Öffentlichkeit der so gar nicht zutreffende Eindruck entstand, daß die Nordfriesen besonders freiheitsliebende deutsche Schleswig-Holsteiner und entschiedene Dänenfeinde seien. Es war einfach so, daß es den schleswig-holsteinischen Landespolitikern gelungen war, die Begriffe, dieses nordfriesische Schlagwort und auch den Sprachgebrauch

um den zum Mythos gewordenen Uwe Jens Lornsen in ihrem Sinne positiv zu besetzen.

Daß das auf die Dauer gelang, hat natürlich damit zu tun, daß die geschichtliche Entwicklung in den folgenden Jahren und Jahrzehnten tatsächlich so verlief, daß die politische Botschaft der Schleswig-Holsteiner, so weit sie sich gegen die Forderung nach einem dänischen Nationalstaat bis zur Eider richtete, sich ohne Zweifel als richtig und notwendig erwies. Die Bedrohung des deutschen Charakters des mittleren und südlichen Teils vom Herzogtum Schleswig mit Nordfriesland durch den eiderdänischen Nationalismus wurde ja in den Jahren von 1848 bis 1864 mit zwei Kriegen wirklich eine Realität. Nach 1864 hatten dann die in der Mehrheit dänischen Nordschleswiger in vergleichbarer Weise ihren Kampf gegen eine preußisch-deutsche Germanisierungspolitik zu führen.

Nach 1920 setzte der immer noch schwierige Lernprozeß ein, wie man an der neuen Teilungsgrenze entspannt und unverkrampft miteinander und mit den jeweiligen Minderheiten umgehen konnte. Es sollte bis in unsere Zeit dauern, bis das uns bekannte positive Ergebnis erreicht war.

Aber was war aus den Ansätzen für eine nordfriesische Bewegung geworden, die gerade vor dem ersten „Volksfest der Nordfriesen“ so hoffnungsvoll Gestalt anzunehmen begonnen hatten? Ihre Verfechter glaubten zunächst, das große öffentliche Interesse für Nordfriesland im Zusammenhang mit dem ersten Volksfest würde ihre Bestrebungen fördern und unterstützen. Christian Feddersen veröffentlichte jetzt im Juni 1845 und im Hinblick auf das zweite „Volksfest der Nordfriesen“ in Bredstedt seine „Fünf Worte an die Nordfriesen“, und dadurch ermutigt hatten nun auch Mecklenburg und C. P. Hansen wenige Tage vor dem zweiten Fest ihren Zeitschriftenplan im „Husumer Wochenblatt“ und im „Altonaer Merkur“ veröffentlicht. Aber das war eine Illusion gewesen. Positive Reaktionen kamen nur von einigen Leuten, die schon vorher in den Plan eingeweiht gewesen waren, wie zum Beispiel von dem alten Jap Peter Hansen auf Sylt. Nichts

kam zustande. Es war einfach so, daß das eigentlich Nordfriesische keine Öffentlichkeit mehr hatte. Und die Ansätze einer friesischen Nationalbewegung in Nordfriesland gerieten in Vergessenheit. Sie wurden für ca. 120 Jahre im Spannungsfeld des Kampfes um die Abgrenzung des deutschen und dänischen Nationalstaates überlagert und verschüttet.

5. Die „friesische Bewegung in Nordfriesland“ bis heute - „... unter dem Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände“

Der 150. Jahrestag des ersten sog. „Volksfestes der Nordfriesen“ ist jedoch ein guter Anlaß, daran zu erinnern, daß die Geschichte damals auch eine andere, mehr nordfriesische Entwicklung in Nordfriesland bereitgehalten hat. Diese war dadurch, daß sie unterlegen war, nicht ein für allemal geschichtlich überholt und erledigt.

Die damals unterlegene und von der deutsch-dänischen Auseinandersetzung über die nationale Zugehörigkeit des Herzogtums Schleswig überlagerte „friesische Bewegung“ in Nordfriesland hatte nämlich dennoch eine so starke geschichtliche Berechtigung in sich selbst, daß sie zu anderen Zeiten und in anderem Gewand wieder auftreten konnte. Das beweist die Gründung nordfriesischer Vereine seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts⁷, die Zusammenarbeit mit West- und Ostfriesen im Friesenrat wie auch die Existenz des „Nordfriisk Instituut“ in Bredstedt heute.

Es ist eine eindrucksvolle Bestätigung dieser geschichtlichen Berechtigung der nordfriesischen Bewegung, daß der „friesischen Volksgruppe“ neben der „nationalen dänischen Minderheit“ in Abschnitt I, Artikel 5, (2) der neuen Verfassung des Landes Schleswig-Holstein von 1990 zugesagt wird, daß die „kulturelle Eigenständigkeit und die politische Mitwirkung ... unter dem Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände“ stehen und daß ihr „Anspruch auf Schutz und Förderung“ aner-

kannt wird.⁸

Auch im demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland könnte man inzwischen gelernt haben, mit einer friesischen Volksgruppe als sprachlicher Minderheit unverkrampft umzugehen. Die Aufnahme eines ähnlich verbindlichen Artikels in die Grundrechte der neuen deutschen Verfassung könnte heute keine partikularistische Gefahr mehr heraufbeschwören, wie man sie 1844 noch befürchtet hatte. Im Gegenteil, eine solche Garantie der Anerkennung der kulturellen Eigenständigkeit der friesischen Volksgruppe auch hier würde in Nordfriesland in noch höherem Grade als bisher verfassungstreue und wache Staatsbürger schaffen, die die öffentlichen Angelegenheiten aus einem zusätzlichen Grund als ihre eigene Sache ansehen würden.⁹

Die Frage „Was ist des Friesen Vaterland?“ wäre dann ohne Einschränkung und auch im Sinne eines Verfassungspatriotismus mit „Deutschland“ zu beantworten.

6. Ein vergessenes Opfer und die Folgen - ein Kommentar zum 150. Jahrestag

Dem Historiker, der sich in der aktuellen politischen Situation des Sommers 1994 mit der Geschichte und den Folgen dieses „Volksfestes unter falschem Namen“, wie man es wohl nennen darf, beschäftigt, drängen sich noch ein paar weitergehende Gedanken auf, die hier als sein ganz persönlicher Kommentar folgen sollen.

Wenn man noch einmal an die inzwischen Geschichte gewordenen Ursachen dafür zurückdenkt, daß das „Volksfest der Nordfriesen“ am 10. Juni 1844 nicht nordfriesisch, sondern schleswig-holsteinisch geworden ist, dann ist vielleicht folgende Aussage berechtigt: Die damals aufkeimende friesische Bewegung in Nordfriesland wurde im Grunde zwei anderen politischen Zielen geopfert, die wichtiger schienen und nach Meinung der damals handelnden Politiker Vorrang hatten.

1. Die nordfriesische Bewegung mußte zurücktreten vor dem Bestreben, die eiderdänische Bedrohung des deutschen

Teils von Schleswig und seiner Verbindung mit dem deutschen Holstein und später Deutschland besser zurückweisen zu können.

2. Sie mußte zurücktreten zugunsten einer für notwendig gehaltenen größeren Einigkeit im Interesse der Verankerung Schleswig-Holsteins in einem einigen und demokratischen Deutschland.

Diese politischen Ziele sind inzwischen beide erreicht worden, das zweite in seinem vollen Umfang ja gerade erst in unseren Jahren, wenn man daran denkt, daß wir seit 1990 zum ersten Mal ein einiges Deutschland haben, dessen demokratische Verfassung im Gegensatz zu den Verhältnissen in der Zeit der Weimarer Republik auch von der Gesellschaft mit getragen und akzeptiert wird. Die Reform der Verfassung, über die jetzt verhandelt wird, soll diese Einheit des demokratischen Deutschland ja gerade erst vollenden! Für die Nordfriesen wäre es also durchaus der richtige Zeitpunkt, die Politiker und die Verfassungskommission des Gesetzgebers in der Bundesrepublik Deutschland an das vergessene Opfer zu erinnern, das die Geschichte seit diesem 10. Juni 1844 in Bredstedt den Nordfriesen abverlangt hat.

Sie könnten darauf hin weisen, daß sie für dieses Opfer bis heute mit einem großen Teil der Substanz ihres Volkstums bezahlt haben. Denn wer würde zum Beispiel bezweifeln, daß es auch in Nordfriesland schon viel früher eine ähnlich starke friesische Bewegung hätte geben können, wie Westfriesland sie bekommen hat, wenn sie hier nicht 1844 zunächst gestoppt worden wäre, genau in demselben Jahr, in dem sie dort richtig begann! Es wäre auch daran zu erinnern, wie sehr die immer wiederholten Ansätze zu einer besseren Arbeit für die Erhaltung der friesischen Sprache und der kulturellen Eigenständigkeit der Friesen durch die Auseinandersetzungen um die nationale Zugehörigkeit Mittelschleswigs zu Deutschland oder Dänemark mit ihren undemokratischen und intoleranten Begleiterscheinungen gestört und behindert worden sind.

Es ist interessant, in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß der „Friesisch-schleswigsche Verein“ (heute „Nationale Friesen“) seine Hinwendung zu Dänemark seit dem Abstimmungskampf 1920 und nach 1945 u.a. damit begründet hat, daß die Friesen von diesem demokratischen Land mit seiner demokratischen Gesellschaft eher Schutz und Förderung für ihre kulturelle Eigenständigkeit erwarteten als, nach den Erfahrungen, die sie gemacht hatten, von dem in dieser Hinsicht unsicheren Deutschland.¹⁰ Erst seit die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland sich gefestigt hat, ist ab etwa 1964 eine fruchtbare Zusammenarbeit der bis dahin national verfeindeten friesischen Vereine für die gemeinsame friesische Sache möglich geworden.

Das Land Schleswig-Holstein hat seitdem damit begonnen, etwas von dieser „Ungerechtigkeit der Geschichte“ gegenüber den Nordfriesen, wie man ihr vergessenes Opfer von 1844 mit seinen Folgen vielleicht auch nennen könnte, auszugleichen, indem es die friesische Kultur- und Wörterbucharbeit oder die Arbeit des „Nordfriisk Instituut“ zusammen mit dem Kreis Nordfriesland fördert. Daß auch der dänische Nachbar sich daran beteiligt, ist bemerkenswert und angesichts der gezeigten geschichtlichen Zusammenhänge auch sinnvoll.

Aber das große Deutschland ist geschichtlich genauso in der Schuld bei den Nordfriesen, wenn man bedenkt, wie wichtig und förderlich die Schleswig-Holstein-Frage für die verschiedenen Etappen auf dem Weg zur deutschen Einheit im 19. Jahrhundert gewesen ist. Eine Förderung der friesischen Sache auch durch die Bundesrepublik Deutschland insbesondere durch eine der schleswig-holsteinischen ähnliche Verfassungsgarantie und durch eine „Stiftung für die nordfriesische Volksgruppe“ wäre also nichts anderes als die längst oder zumindest jetzt fällig gewordene Wiedergutmachung und Entschädigung an die Nordfriesen für ihr Opfer von 1844.

Der Verfasser möchte noch eine andere Beobachtung anschließen, die ihm zeigt, wie sehr das Interesse am eigentlich Nord-

friesischen seit 1844 nachgelassen hat, und zwar nicht nur überregional, sondern sogar auch im heutigen Kreis Nordfriesland selbst. Das wird deutlich, wenn man die Pressedeckung des Volksfestes von 1844 mit der der Jubiläumsveranstaltungen des Jahres 1994 vergleicht.

1844 waren alle wichtigen deutschsprachigen Wochenblätter der Herzogtümer von Altona bis Tondern und Flensburg vertreten. Es galt ja auch, über ein Ereignis von großer politischer Bedeutung zu berichten. Immerhin ging es für die schleswig-holsteinische Bewegung um eine sehr wichtige nationalpolitische Weichenstellung. Die Nordfriesen, deren „Partikularismus“ man verhindern wollte, wurden insofern sehr ernst genommen. Es war also die gesamte damalige Medienmacht vertreten, wie wenn unter heutigen Verhältnissen nicht nur die regionalen und überregionalen deutschsprachigen Tageszeitungen des Landes einschließlich der Minderheitenzeitungen „Der Nordschleswiger“ und „Flensburg Avis“, letztere mit ihrer deutschsprachigen Redaktion, anwesend gewesen wären, sondern auch die schleswig-holsteinischen Redaktionen des Norddeutschen Rundfunks und des Fernsehens.

Nun ist natürlich ein 150-jähriges Jubiläum eines geschichtlichen Ereignisses nicht so wichtig wie das Ereignis selbst. Immerhin ist aber vor 150 Jahren in Bredstedt eine sowohl unter schleswig-holsteinischen als auch unter eigentlich nordfriesischen Gesichtspunkten geschichtsträchtige Weichenstellung vorgenommen worden! Der Friesenrat und das Nordfriisk Instituut hatten dem mit ihrem sich über drei Tage erstreckenden Festprogramm an historischer Stätte, das am ersten Abend auch diese geschichtliche Analyse enthielt, durchaus Rechnung getragen.

Wie aber war die Pressedeckung aus diesem Anlaß? Außer Ankündigungen in den lokalen Blättern¹¹ und in „Flensburg Avis“¹², erschienen lediglich am 17. Juni ein Bericht in den „Husumer Nachrichten“¹³ über das Festprogramm des Friesenrates vom 11. Juni und in derselben Zeitung erst fünf Wochen später, als schon keiner mehr damit gerechnet hatte, am 15. Juli

ein Bericht über die Jubiläumsveranstaltung am 10. Juni 1994, dem eigentlichen Jahrestag des Volksfestes, mit einem kurzen und nicht ganz fehlerfreien Referat des Vortrags¹⁴. Die übrigen Zeitungen Schleswig-Holsteins sowie die Rundfunk- und Fernsehanstalten mit ihren Redaktionen im Lande haben von dem Ereignis nicht Kenntnis genommen.

Dies zeigt eine Gleichgültigkeit bei den Medien gegenüber der eigenen Geschichte, mit der weder Schleswig-Holsteiner noch Nordfriesen zufrieden sein können. Insbesondere über die Geschichte der friesischen Volksgruppe, über ihre Sprache und ihre Probleme heute weiß man im übrigen Schleswig-Holstein noch viel zu wenig. Hätte der Anlaß nicht zum Beispiel einen Leitartikel in den „Husumer Nachrichten“ verdient gehabt, der seine Bedeutung in Geschichte und Gegenwart für Nordfriesland und Schleswig-Holstein/Deutschland dargelegt hätte, und ein wenig informative Berichterstattung im regionalen Fernsehen und im Hörfunk?

Zwar gibt es Ansätze für eine bessere Berücksichtigung nordfriesischer Themen und Stoffe in der regionalen Presse und auch im Rundfunk. So bringen zum Beispiel die Husumer Nachrichten einmal im Monat eine friesisch-plattdeutsche Seite, die u.a. in Zusammenarbeit mit dem Nordfriisk Instituut hergestellt wird. Hier wäre aber noch vieles zu verbessern, und auch das Fernsehen könnte eine wichtige Rolle spielen. Denn die Garantien in Art. 5,(2) der neuen Landesverfassung für die „kulturelle Eigenständigkeit und die politische Mitwirkung“ auch der „friesischen Volksgruppe“ und ihr „Anspruch auf Schutz und Förderung“ können nur eingelöst werden, wenn auch die regionalen Medien sich dafür engagieren und ihre Informationsaufgaben wahrnehmen.

Anmerkungen:

1 Der vorliegende Aufsatz ist die in einen Zeitschriftenartikel umgear-

- beitete Fassung des Festvortrages zum 150. Jahrestag des ersten „Volksfestes der Nordfriesen“ im Bürgerhaus in Bredstedt am 10. Juni 1994, der das Festprogramm des Friesenrates aus diesem Anlaß einleitete. Wenn nichts anders erwähnt wird, stammen die Informationen aus den Kapiteln I.2.a) und b) und III. 1. der Kieler Dissertation des Verfassers von 1957: Johannes Jensen, Nordfriesland in den geistigen und politischen Strömungen des 19. Jahrhunderts (1797-1864), herausgegeben von der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte in der Reihe „Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins“, Band Nr. 44, Neumünster 1961. Das seit langem vergriffene Buch wurde 1993 als Lizenzausgabe der 1. Auflage des Wachholtz Verlages Neumünster im Verlag Nordfriisk Instituut, D-25821 Braist/Bredstedt, NF, neu aufgelegt. Stellungnahmen des Verfassers zum vorliegenden Thema enthalten ebenfalls: Johannes Jensen, Das „Volksfest der Nordfriesen“ - Der 10. Juni 1844 in Bredstedt, in: NORDFRIESLAND, 1. Jahrgang, Nr. 3, August 1966, sowie Johannes Jensen, Die Nordfriesen im Spannungsfeld zwischen Deutschland und Dänemark, in: „Nordfriesland im Umbruch“, Sonderheft zum Friesenkongreß, Grenzfriedenshefte 2, 1961.
- 2 Hans Nissen, Tagebuch, nach der Abschrift von Fiete Pingel, Nordfriisk Instituut, S. 81
 - 3 Jensen, Nordfriesland ..., S. 160ff.
 - 4 Nissen, Tagebuch ..., S.82
 - 5 Nissen, Tagebuch ..., S.81/2
 - 6 Friesisches Tagebuch 1808 bis 1879, Aufzeichnungen des Landmannes Peter Feddersen aus Wester-Schnatebüll in Nordfriesland, transkribiert und in einer einmaligen Auflage von 120 Exemplaren gedruckt von Berend Harke Feddersen, Kleiseerkoog, 1975, S. 150. Vgl.auch Berend Harke Feddersen, Der Miniatur-Porträtist Hans Peter Feddersen der Ältere (1788 - 1860), Hamburg 1988, Schriften des Nissenhauses, Nr. 28, S. 170
 - 7 Vgl dazu: Thomas Steensen, Die friesische Bewegung in Nordfriesland im 19. und 20. Jahrhundert (1879-1945), Karl Wachholtz Verlag Neumünster, 1986, Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Band 89.
 - 8 Karl-Peter Kööp (Hrsg.), Quellen und Materialien zur nordfriesischen Geschichte, veröffentlicht im Nordfriisk Instituut in Verbindung mit

- dem Institut für Praxis und Theorie der Schule, Seminar Husum, 1992, S. 260
- 9 Vgl. auch Johannes Jensen, Vorwort zu Nordfriesisches Jahrbuch 1965, „Zur Vorgeschichte des Nordfriesischen Instituts und des Nordfriesischen Jahrbuchs“, in: Nordfriesisches Jahrbuch 1965, Neue Folge, Bd. 1, S. 14, wo dieser Gedanke bereits geäußert wird.
 - 10 Thomas Steensen, Die friesische Bewegung in Nordfriesland..., der Abschnitt V.3., S. 186ff.
 - 11 „Wochenschau“ am 01. und 08.06.1994, „Husumer Nachrichten“ am 01. und 04.06.1994
 - 12 „Flensburg Avis“ am 19. und 20.06.1994
 - 13 „Husumer Nachrichten“ am 17.06.1994
 - 14 „Husumer Nachrichten“ am 15.07.1994

Das Schleswig-Holstein-Lied

von KURTJÜRGENSEN*

Das Schleswig-Holstein-Lied entstand im Jahre 1844, also drei Jahre nach dem Deutschland-Lied des Dichters Hoffmann von Fallersleben. Somit haben das Schleswig-Holstein-Lied und das Deutschland-Lied, das der erste deutsche Reichspräsident, der Sozialdemokrat Friedrich Ebert, im August 1922 durch Erlaß zur deutschen Nationalhymne erhob, die gleiche Entstehungszeit. Sie gehören in das Umfeld der von politischen Leidenschaften erfüllten liberalen und nationalen Bewegung des 19. Jahrhunderts.

Das Schleswig-Holstein-Lied entstand als ein politisches Kampflied und als ein politisches Bekenntnislied. Dies erkennt man deutlich, wenn man alle sieben Strophen liest, und noch deutlicher wird dies, wenn das Lied „mit Kraft und Feuer“ gesungen wird, wie es in älteren Publikationen nahegelegt wird (Abb. 1).

Der Kampf ist gegen etwas gerichtet, und zwar gegen den Norden, der „drohend sich erhebt“ (Strophe 3). Diese Aussage ist überholt. Geblieben ist indes der Bekenntnischarakter, der Appell, an deutscher Sitte und deutscher Tugend festzuhalten, was immer damit gemeint ist.

Aus heutiger Sicht ist das Schleswig-Holstein-Lied nicht in erster Linie das, was Dichter und Komponist mit dem Lied haben aussagen wollen; vielmehr ist das Lied das, was diejenigen, die es heute singen, selber in das Lied hineinlegen. Das wird ganz deutlich an dem Begriff „Vaterland“, der heute - auf Schleswig-Holstein bezogen - keine Verwendung mehr findet und durch den Begriff „Heimatland“ ersetzt wird. In der Zeit des Deutschen

* Ungekürzte Fassung des zuerst in Sønnerjysk Månedsskrift 1994 (7/8) erschienenen Beitrages: Slesvig-Holsten-Sangen. Der Redaktion von Sønnerjysk Månedsskrift sei für die Genehmigung zum Wiederabdruck der Beiträge von Kurt Jürgensen und Manfred Jessen-Klingenberg gedankt.

Bundes (1815-1866) wurden wirklich die einzelnen Gliedstaaten im Deutschen Bund als „Vaterland“ verstanden und so auch die durch Stammesverwandtschaft und geschichtliche Tradition miteinander verbundene Region Schleswig-Holstein. Zwar gehörte das Herzogtum Schleswig dem Deutschen Bund nicht an. Doch stützte sich das schleswig-holsteinische Zusammengehörigkeitsgefühl auf das „alte Landesrecht“ von 1460 mit den Zusagen des Ripener Privilegs: „dat se bliven tosamende up ewich ungedeelt.“

Der Vaterlandsbegriff des Schleswig-Holstein-Liedes ist seit langem ausgeweitet auf das ganze Deutschland. Damit verbindet sich für die meisten in Schleswig-Holstein lebenden Menschen ein Bekenntnis zum deutschen Bundesland Schleswig-Holstein. In diesem Sinne wird bei Heimatfesten auch das Schleswig-Holstein-Lied immer noch gern gesungen.

Ein solcher Bedeutungswandel, wie wir ihn bei dem Schleswig-Holstein-Lied feststellen, ist keine singuläre Erscheinung. Nationallieder, die in Zeiten kämpferischer Auseinandersetzungen entstanden sind, geben Zeugnis von ihrer geschichtlichen Herkunft; sie dienen weiterhin der nationalen Identifikation in der jeweiligen „fortschreitenden“ Gegenwart. Man denke an die Marseillaise, die Rouget de Lisle im Jahre 1792 als „Kriegsgesang für die Rheinarmee“ („Chant de Guerre pour l'Armée du Rhin“) verfaßte. Den stellenweise blutrünstigen Worten, die in einer mitreißenden Melodie gesungen werden, wird heute allein die weiterwirkende Leitidee der Französischen Revolution von der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit unterlegt.

Ein vergleichbarer Bedeutungswandel hat auch dem Schleswig-Holstein-Lied seinen kämpferischen, antidänischen Charakter genommen und hat es zu einem Bekenntnislied für das heutige demokratisch und freiheitlich verfaßte Bundesland Schleswig-Holstein gemacht. Damit verbunden ist der unbedingte Respekt vor der vor fast 75 Jahren in plebiszitärer Entscheidung festgelegten Grenze zwischen Deutschland und Dänemark mit seinem „nordschleswigschen“ Sønderjylland.

Ausgehend von dieser Gegenwart wenden wir uns der geschichtlichen Situation von 1844 zu.

Die nationalen Kräfte unter deutschem wie dänischem Vorzeichen stellten den dänischen Gesamtstaat mit dem dänischen Königreich, dem - lehnsrechtlich oder in moderner Bezeichnung staatsrechtlich gesehen - dänischen Herzogtum Schleswig und den deutschen Herzogtümern Holstein und Lauenburg in Frage. Der Deutsche Bund endete an der Eider; das „alte Landesrecht“ aber, das auf das erwähnte Ripener Privileg von 1460 zurückgeht, griff vermeintlich darüber hinaus, indem die Zusage, die Landesherrschaft solle „auf ewig ungeteilt“ bleiben, im frühen 19. Jahrhundert im Sinne der Einheit des Landes - also nicht allein im Sinne der einheitlichen Herrschaft und der einheitlichen Herrschaftsausübung gemäß den Privilegien - umgedeutet wurde. Der dänische Nationalismus, der an der Eider orientiert war, war ebenso territorial gebunden, wie der an der Königsau orientierte deutsche Nationalismus.

Wohin also bei einem Auseinanderbrechen des dänischen Gesamtstaates das Herzogtum Schleswig gehen sollte, das war die Streitfrage. Verschärfend wirkte in diese Streitfrage das dynastische Problem hinein, weil mit dem kinderlosen Kronprinzen Friedrich, Sohn König Christians VIII. (1839-1848), die direkte Linie auszusterben drohte. König Christians „Offener Brief“ (1846) kündigte sich an. Die Revolutionen des Jahres 1830 in Paris und Brüssel waren der politische Hintergrund für Uwe Jens Lornsens in hoher Auflage gedruckte und verbreitete Flugschrift „Über das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein“. Weite Bevölkerungskreise gerieten in innere Bewegung. Die politischen Strömungen wurden noch stärker nach der Einführung der Provinzialständeverfassung (Verordnung König Friedrichs VI. vom 15. Mai 1834) und nach dem erstmaligen Zusammentritt der Stände in Itzehoe (Oktober 1835) und in Schleswig (April 1836). Die dänische Wochenzeitung „Dannevirke“ (erstmalig 1838 in Hadersleben erschienen) und das Wachrufen eines neuen an der dänischen Sprache orientierten kulturellen Bewußtseins

durch die Kieler Professoren Christian Paulsen und Christian Flor führte zu politischen Demonstrationen. Die erste große Volksversammlung auf Skamlingsbanken (südlich Kolding, aber damals noch auf schleswigschem Boden) im Mai 1843 gab dem dänischen nationalen Anliegen weiter Bevölkerungskreise sichtbaren Ausdruck. Im Sommer desselben Jahres wurde die Teilung des Frankenreiches im Jahre 843 zum Anlaß genommen, um auf einem Volksfest in Kiel an das „1000-jährige Deutsche Reich“ - so die Deutung von Georg Waitz in seiner berühmten Verdun-Rede - zu erinnern und somit den deutschen nationalen Gedanken zu beleben.

Die Volksfeste, die auch anderenorts in beiden Herzogtümern stattfanden, erfuhren eine wesentliche Stärkung durch die seit Ende der 30er Jahre im Entstehen begriffenen Gesangsvereine, auch „Liedertafeln“ genannt. Sie fehlten bald in keiner Stadt zwischen Altona (dort die erste holsteinische Liedertafel 1841), Schleswig (dort die erste schleswigsche Liedertafel 1839) und darüber hinaus bis Hadersleben. Das patriotische Lied stärkte das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl der Holsteiner und der deutschgesinnten Schleswiger.

Höhepunkt dieser Bewegung war das große Sängerkongress, das am 24. Juli 1844 in der Stadt Schleswig stattfand. Auf Anregung von Carl Gottfried Bellmann, Kantor des Johannes-Klosters und Leiter des Schleswiger Gesangsvereins, ergingen Einladungen an alle Liedertafeln in beiden Herzogtümern. Ein Festkomitee war für die organisatorische Vorbereitung verantwortlich. Einwohner der Stadt Schleswig schmückten ihre Stadt mit Blumen und Girlanden. An den Straßen, die zur Stadt führten, wurden Ehrenpforten aufgestellt, um die anreisenden Sänger und Gäste willkommen zu heißen.

Im Schleswiger Gesangsverein wurde der Wunsch geäußert, es möge zum Sängerkongress einen besonderen Beitrag mit einem „echten“ Schleswig-Holstein-Lied geben. Dieses Lied mußte aber erst geschaffen werden! Doch das Problem war lösbar. Bellmann, der selber auch Komponist war, hatte schon mehrfach

Gedichte des Justizrats Karl Friedrich Heinrich Straß vertont. Straß lebte in Berlin, aber seine Vorfahren stammten auch aus den Herzogtümern. Bellmann erhielt ein Straßsches Gedicht, das geeignet erschien und dem er eine schwungvolle, rhythmische Melodie unterlegte. Das Lied wurde für das Sängerefest eingeübt.

Das Lied war wohlgemeint; aber es vermochte doch nicht ganz zu überzeugen. Es beschrieb zwar Schleswig-Holstein als „schöne Lande“, die an „der Eintracht Band“ festhalten sollten. Aber von „deutsch“, „Vaterland“ und von einem engen politischen Zusammengehörigkeitsgefühl war keine Rede. Seitdem Peter Hiort Lorenzen aus Hadersleben im November 1842 in der Schleswiger Ständeversammlung - obschon des Deutschen einwandfrei mächtig - in dänischer Sprache die grundsätzliche Gleichberechtigung der dänischen Sprache mit der deutschen demonstriert hatte, schien es den deutschgesinnten Schleswigern an der Zeit zu sein, das Bekenntnis zum Deutschtum und zur Einheit der Herzogtümer zu stärken.

Die Debatten in der am 9. Juli 1844 erneut zu einer Session zusammengetretenen Ständeversammlung des Herzogtums Schleswig in der Stadt Schleswig trugen dazu bei, die nationalen Leidenschaften zu entfachen. War nicht das Sängerefest ein geeignetes Forum, die politische Forderung nach Einheit der Herzogtümer zu unterstützen? Konnte man nicht so den Wünschen Nachdruck verleihen, die in der Ständeversammlung vorgetragen wurden, nämlich den Wünschen nach einer gemeinsamen Ständeversammlung für beide Herzogtümer, nach einer gemeinsamen Verfassung für beide Herzogtümer und nach ihrer klaren Abgrenzung gegenüber dem Königreich Dänemark, mit dem man nur in der Person des dänischen Königs als Herzog von Schleswig, Holstein und Lauenburg verbunden bleiben wollte. Das Schleswig-Holstein-Lied sollte dieser politischen Situation, die Straß noch gar nicht kannte, Rechnung tragen.

Es war nicht mehr Zeit, die Liedverse an den Verfasser Karl Friedrich Heinrich Straß zur Neubearbeitung zurückzugeben. In dieser Situation nahm sich der aus Barmstedt stammende Advokat Matthäus Friedrich Chemnitz, Mitglied der Schleswiger Liedertafel, die Freiheit, das heimatisch-gefühlvolle Lied von Straß in ein deutsches vaterländisches Lied „an Schleswig-Holstein“ (also mit Bindestrich!) umzudichten. Das Versmaß blieb erhalten, die Melodie Bellmanns bedurfte nur weniger Änderungen und ließ sich mit den neuen Versen in den nunmehr sechs Strophen schwungvoll und mit nationaler Inbrunst singen.

Und so geschah es am 24. Juli 1844. Zwar hatte man das Schleswig-Lied nicht in das Programm aufnehmen können; dafür war die Zeit nicht mehr gegeben. Doch die Überraschung würde um so größer sein. Auch sollte es ja bei diesem Lied ein Einzelvortrag der Schleswiger Liedertafel sein, und so entschied man sich dafür, die Schleswiger Liedertafel nach dem eigentlichen Konzert während des Festessens für rund 2000 Gäste mit dem Schleswig-Holstein-Lied auftreten zu lassen.

Herrliches Sommerwetter begünstigte ah diesem Mittwoch, 24. Juli 1844, das Sängerfest. Etwa 400 Sänger der verschiedenen schleswig-holsteinischen Liedertafeln waren gekommen und gaben sich mit ihren Fahnen und Wimpeln zu erkennen.

Der Vormittag war dem geistlichen Liedgut vorbehalten. Musikdirektor Kantor Bellmann leitete das geistliche Konzert in der Domkirche. Am frühen Nachmittag begaben sich die Sänger in einem langen Festzug auf die Lollfußer Schützenkoppel. Schleswiger Bürger und Bürgerinnen und Gäste aus dem ganzen Lande strömten in Scharen dorthin. Die Gesamtzahl dürfte bei 12000 liegen. Nun folgte das weltliche Konzert. Es umfaßte auch deutsche patriotische Lieder und Freiheitslieder, und das war die rechte Einstimmung für den Auftritt des Schleswiger Gesangvereins während des Festmahles.

Dies war auch die Stunde der Ansprachen. Der Vorsitzende des Festausschusses, HB Justizrat Hamcke, brachte den protokollarisch gebotenen, aber mit innerer Überzeugung gesprochenen

Toast auf den dänischen König Christian VIII. als Landesherrn der Herzogtümer Schleswig und Holstein aus. Für ihre Zusammengehörigkeit, wie sie während des ganzen Sängerfestes erlebt wurde, fand der Schleswiger Arzt Dr. Steindorf begeisterte Worte. Danach traten die an die 60 Schleswiger Sänger - unter ihnen Matthäus Friedrich Chemnitz - auf das Podium und sangen unter der Stabführung ihres Dirigenten Carl Gottfried Bellmann erstmals in der Öffentlichkeit das Schleswig-Holstein-Lied.

Das Lied löste spontane Begeisterung aus; es hatte einen durchschlagenden Erfolg. Die Schöpfer des Liedes, Chemnitz und Bellmann, konnten sich der Glückwünsche kaum erwehren. Chemnitz hatte indes zwiespältige Empfindungen, und er fühlte sich veranlaßt, an den Berliner Justizrat Straß zu schreiben. Chemnitz gab an ihn den Dank mit den Worten weiter, er, Chemnitz, habe ja nur „fortgebauet“, wofür Straß „den Grund“ gelegt habe. Das bald nach dem Sängerfest im Druck erschienene Schleswig-Holstein-Lied nennt als Textdichter mit Recht beide, Straß und Chemnitz. Das Titelblatt dieser Erstausgabe zeigt Schleswig-Holstein als von Meer umspülte Felseninsel mit einer Doppeleiche.

Das Schleswig-Holstein-Lied fand schnelle Verbreitung. Das Itzehoer Wochenblatt stellte das Lied, das im vollen Wortlaut abgedruckt wurde, in den Mittelpunkt seines Berichtes über das Sängerfest; so geschehen am 2. August 1844. Das Schleswig-Holstein-Lied gehörte bald zum festen Repertoire aller schleswig-holsteinischer Liedertafeln. Schleswig-Holsteins Sänger trugen das Schleswig-Holstein-Lied auf dem ersten deutschen Sängerfest im August 1845 in Würzburg vor. Matthäus Friedrich Chemnitz war selber dabei. Der mit Begeisterung aufgenommene Liedvortrag galt als Höhepunkt des Festes. Das immer bekannter werdende Schleswig-Holstein-Lied sicherte in nachfolgender Zeit der Schleswig-Holstein-Frage - bald eines der beherrschenden Themen der 1848er Bewegung, eine große, auch emotional geprägte Aufmerksamkeit.

In der nationalen Auseinandersetzung des 19. und 20. Jahrhunderts sind auf schleswig-holsteinischer Seite, aber auch auf dänischer Seite die symbolhaften Ausdrucksformen des jeweiligen nationalen Anliegens nicht wegzudenken. Diese Ausdrucksformen dienen der nationalen Identifikation. Dabei geht es auf der deutschen Seite um das Bekenntnis zur schleswig-holsteinischen Eigenart, wie die deutschgesinnten Schleswig-Holsteiner sie verstehen. Es geht um das Bekenntnis zur eigenen Geschichte, wobei wichtig ist zu wissen, daß diese nur im Zusammenhang der deutschen und dänischen Geschichte verstanden werden kann.

So wie die dänisch gesinnten Schleswiger im Danebrog und in den Liedern Grundtvigs die innere Verbindung mit dem Königreich Dänemark gefunden haben, haben auch die deutsch gesinnten Schleswig-Holsteiner ihre Symbole zur geistigen Brücke mit den anderen deutschen Ländern werden lassen.

Die Symbole des Landes Schleswig-Holstein, nämlich sein altes Wappen mit den beiden schleswigschen Löwen und dem holsteinischen Nesselblatt, die wohl aus dem Wappen abgeleiteten und zur horizontal dreigestreiften Fahne zusammengefügt Landesfarben Blau-Weiß-Rot, und eben auch das Schleswig-Holstein-Lied verbinden das heutige Land Schleswig-Holstein mit seiner vom Streben nach Einheit, Freiheit und enger Verbindung mit Deutschland ausgerichteten geschichtlichen Tradition.

Schauen wir nach vorn. Was hat das Lied den Menschen heute zu sagen? Es macht bewußt: Das „meerumschlungene“ Schleswig-Holstein, dieses „teure Land“, das mit einer „Doppeleiche unter einer Krone Dach“ verglichen wird, hat eine ganz feste Verwurzelung in der Deutschland und Dänemark gleichermaßen umfassenden europäischen Geschichte. Das Lied hegt die Erwartung, daß „ein schön'rer Morgen tagt“. Damit kann heute nur gemeint sein: die gemeinsame Zukunft von Deutschen und Dänen in einem friedlichen und in seinen freiheitlichen Grundwerten geeinten Europa, in welchem auch die Regionen ihr geschichtlich gewachsenes sprachliches und kulturelles Eigenleben zur

Entfaltung bringen können.

Ausgewählte Literatur

Als Arbeitsgrundlage nenne ich nur die folgenden sechs Titel, die mir am dienlichsten gewesen sind, wobei die in der Schrift von Hans Dösel enthaltenen Hinweise »Quellen und Anmerkungen« (S. 49-51) besondere Aufmerksamkeit verdienen; hier wird auch die Programmfolge für das geistliche Konzert am Vormittag des 24. Juli und für das weltliche Konzert am Nachmittag des 24. Juli 1844 aufgeführt.

Itzehoer Wochenblatt, 2. August 1846, Nr. 44, Spalte 1626.

J. H. Eckardt, Neues zum Schleswig-Holstein-Lied, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, 32. Band, Jahrgang 1902, S. 462-472, mit dem Abdruck zweier Briefe von Bellmann an Dr. Straß, Berlin, vom 6. September 1843 und vom 8. Juli 1844 und zweier Briefe von Chemnitz an Dr. Straß vom 3. August 1844 und ohne Datum (kurz nachfolgend).

Franz Benöhr, Die politische Dichtung aus und für Schleswig-Holstein in den Jahren von 1840-1864, Schleswig 1911.

Hans Dösel, Matthäus Friedrich Bellmann, Dichter des Schleswig-Holstein-Liedes. Festschrift zur 150. Wiederkehr seines Geburtstags, Barmstedt/Holstein o. J. (1965).

Theo Christiansen, Schleswig 1836-1945, Schleswig 1981.

„Freiheit lebet nur im Liede“. Das politische Lied in Deutschland. Katalog zur Wanderausstellung des Bundesarchivs Koblenz (verantwortlich: Friedrich P. Kahlenberg, Tilman Koops), Koblenz 1992.

Schleswig-Holsteins blau-weiß-rote Flagge

von *MANFRED JESSEN-KLINGENBERG**

Politische Parteien und Bewegungen brauchen, besonders wenn sie am Anfang stehen, Symbole und Zeichen, wie Fahnen, Wappen, vereinfachende Parolen und Lieder, um auf sich aufmerksam zu machen, um ihre Ziele kurz und einprägsam zu verdeutlichen und um ihre Anhänger zu sammeln. So suchten die deutschnational gesinnten Schleswig-Holsteiner am Anfang der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts nach Zeichen, Schlagwörtern und Melodien, die ihre Identität und ihre Ziele der Öffentlichkeit deutlich machten.

Was waren ihre politischen Ziele? Sie setzten sich - kurz gesagt - ein für die Trennung der beiden Herzogtümer vom Königreich Dänemark, um sie vereint einem deutschen Nationalstaat anzuschließen, den es allerdings noch nicht gab. Dabei nahm man keine Rücksicht auf die Wünsche und Vorstellungen der dänisch orientierten Bevölkerung in Nord- und Mittelschleswig. Auf der anderen Seite war es das Ziel der dänischen Nationalliberalen, einen Verfassungs- und Nationalstaat zu schaffen, dessen Südgrenze die Eider sein sollte, obgleich die deutsch gesinnte Bevölkerung in Mittel- und Südschleswig der dänischen Nation nicht anzugehören wünschte. Beide Nationalbewegungen, die deutsche wie die dänische, strebten also danach, den Gesamtstaat aufzulösen, ihn zu zerbrechen. Für die einen sollte die Bruchlinie an der Königsau liegen, für die anderen an der Eider; beide wollten ganz Schleswig. Daher hoben die dänischen Nationalliberalen die historischen und aktuellen Verbindungen Schlesiws mit dem Königreich hervor, die Schleswig-Holsteiner die historisch gewachsenen Gemeinsamkeiten mit Holstein;

* Erweiterte Fassung des zuerst in *Sønderjysk Månedsskrift* 1994 (7/8) erschienenen Beitrags: *Slesvig-Holstens blå-hvid-røde flag*.

beide Herzogtümer sollten gemäß dem aus der Ripener Urkunde von 1460 entlehnten politischen Schlagwort „up ewich ungedelt“ bleiben.

Um diese Forderung deutlich zu machen, hatten die deutschen Schleswig-Holsteiner bereits auf dem Apenrader Volksfest von 1843 eine „schleswig-holsteinische“ Fahne gezeigt: das vereinigte schleswigsche und holsteinische Wappen auf rotem Grund. Aber sie blieb gleichsam eine Episode. Erst im folgenden Jahr 1844 entstand in der Stadt Schleswig die blau-weiß-rote Fahne. Wenn wir der Darstellung von August Sach aus dem Jahre 1875 glauben dürfen, trug es sich folgendermaßen zu: Die der Schleswiger Liedertafel nahestehenden Damen - wahrscheinlich die Ehefrauen und Töchter der Sänger - hatten beschlossen, dem Verein eine Fahne zu stiften. Sie sollte aus den Farben der Wappen der Herzogtümer zusammengesetzt werden und also „eine wahre Landesfahne“ darstellen. Als Sachverständige wirkten dabei neben anderen der Hardsesvotg Ferdinand Jacobsen und der Advokat und Politiker Dr. Carl Heiberg mit. Beide waren engagierte, weithin bekannte und geachtete deutsche Schleswig-Holsteiner. Nach ihrem Vorschlag sollte es eine dreifarbige, an den Rändern blaue und weiße Fahne werden in Analogie zu den blauen Löwen im Schleswiger und zum weißen Nesselbatt im Holsteiner Wappen. Der mittlere Streifen sollte rot sein wie die Zungen der Schleswiger Löwen und der Grund des Holsteiner Wappens und gleichsam die Verbindung herstellen zwischen dem Schleswiger Blau und dem Holsteiner Weiß.

Aber den Damen behagte diese Anordnung nicht; sie zogen es vor, den weißen Streifen in die Mitte zu setzen, weil das besser aussah. Somit siegte der ästhetische Sinn der Damen über die staatsrechtlichen Kombinationen der Herren. Im übrigen haben die Sängerfrauen auch, wohl ohne daß sie dies wußten, die nach den Grundsätzen der Wappenkunde richtige Entscheidung getroffen. Sie nähten dann eine blau-weiß-rote Seidenfahne, die in Schleswig fortan als die richtige schleswig-holsteinische Fahne proklamiert wurde.

Während des großen Sängerefestes in Schleswig, im Juli 1844, wurde die neue Trikolore von Einwohnern der Stadt dann auch öffentlich gezeigt. Häufiger aber sah man die schwarz-rot-goldene Fahne der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung, die besonders auf dem Hambacher Fest von 1832 bekannt und populär geworden war. Im Jahre 1845 erschienen schleswig-holsteinische Sänger mit einer von herzoglich-augustenburgischen Damen gestickten blau-weiß-roten Fahne auf dem großen Sängerefest in Würzburg. Von nun an wurden diese drei Farben in nahezu ganz Deutschland mit Schleswig-Holstein identifiziert, und das blieb nicht ohne Wirkung auf ihr Ursprungsland. Denn nunmehr wurde das neue Symbol auch in Schleswig-Holsteins Städten und sogar in Dörfern erkannt. Was wurde mit der Trikolore symbolisiert? Kurz gesagt: ein deutsches Schleswig-Holstein von der Elbe bis zur Königsau.

König Christian VIII., dessen ganze Politik darauf ausgerichtet war, den Gesamtstaat zu erhalten, sowie seine Beamten in Kopenhagen betrachteten die blau-weiß-rote Fahne als Zeichen der Provokation einer destruktiven, separatistischen Partei, die dabei war, das friedliche Zusammenleben der Völker in der Monarchie zu zerstören. Durch ein Kanzlei-Patent vom 31. Juli 1845 wurde die Fahne verboten. Es heißt dort:

„Es ist uns zu Unserer Kunde gekommen, daß die sogenannten Liedertafeln und Singvereine in den Herzogtümern Schleswig und Holstein eine dreifarbige Fahne benutzen und daß bei öffentlichen Gelegenheiten, sei es bei Aufzügen oder zur Ausschmückung des Festlokals, ähnliche Fahnen mit oder ohne die vereinigten Wappenschilder der Herzogtümer Schleswig und Holstein angewandt werden.

Indem solche Fahnen und Embleme als Kennzeichen einer politischen Partei anzusehen sind und zu Unordnungen Anlaß geben können, verbieten wir den Gebrauch dergleichen Fahnen.“

Dieses Verbot wurde 1845 noch zweimal erlassen und präzisiert, und somit trugen der König und die Schleswig-Holstein-

Lauenburgische Kanzlei - gewiß gegen ihre Absicht - in nicht geringem Maße dazu bei, daß die blau-weiß-rote Fahne bekannt und anerkannt wurde.

Nicht ohne Stolz schrieb Carl Heiberg im selben Jahr: „Man kann sagen, es ist eine Phantasiefahne, allein jetzt ist sie die Fahne des schleswig-holsteinischen Volks geworden. Sie ist von der Königsau bis nach Altona, sie ist von der Ostküste des Landes bis zu den Westgrenzen desselben entfaltet und ist in den zwei Jahren das Eigentum des Landes und seiner Bewohner geworden.“ Dieses Urteil bedarf allerdings der Einschränkung: Die gesamtstaatlich sowie die dänisch orientierten Einwohner konnten sich gewiß nicht mit dem Symbol der deutschen Schleswig-Holsteiner identifizieren, und selbst diese gaben ihrer neuen Flagge keineswegs immer den Vorzug. Während der Jahre der schleswig-holsteinischen Erhebung (1848-1851) zeigten die Deutschen in den Herzogtümern häufiger die schwarz-rot-goldene Fahne als die heimische Trikolore.

Beide symbolisierten Unterschiedliches. Die eine ist eine gesamtdeutsche, die andere eine regionale Fahne. Es kommt aber ein wesentlicher Unterschied hinzu: Die schwarz-rot-goldene Fahne war von Anfang an Symbol einer nationalen und zugleich bürgerlich-liberalen Freiheitsbewegung. Mit ihr verband sich die Forderung nach einer Verfassung und nach den Menschen- und Bürgerrechten. Entsprechend ist auch in Hoffmann von Fallerslebens Lied von 1841, in der deutschen Nationalhymne, der Wunsch nach Einigkeit und Recht und Freiheit ausgesprochen. Und so wie das 1844 ebenfalls in der Stadt Schleswig entstandene Schleswig-Holstein-Lied in keiner Zeile Rechte und Freiheiten für die Bürger verlangt, so ist auch die blau-weiß-rote Fahne nie Ausdruck einer liberalen oder demokratischen Freiheitsbewegung gewesen. Sie symbolisierte vielmehr regionale, nationale und das heißt nicht zuletzt antidänische Bestrebungen. So ist es zu erklären, daß sie in der Zeit, als es darum ging, einen deutschen National- und Verfassungsstaat zu schaffen, keine dominierende Rolle spielte.

Das änderte sich 1863-1865, als Friedrich (VIII.) von Augustenburg und seine zahlreichen Anhänger versuchten, einen eigenständigen schleswig-holsteinischen Staat zu schaffen. Damals bestimmten blau-weiß-rote Fahnen das Bild der Aufzüge und Kundgebungen. Auch während des Abstimmungskampfes 1919-1920, der ja von deutscher Seite vorwiegend mit traditionell schleswig-holsteinischen Argumenten und Parolen geführt wurde, zeigte man zumeist die Farben Blau, Weiß und Rot auf Fahnen, Plakaten und Notgeldscheinen.

In der seit 1867 preußischen Provinz Schleswig-Holstein hatte die blau-weiß-rote Fahne nie offiziellen Charakter; man zeigte sie bei nationalen Kundgebungen, auf Heimat- und Erinnerungsfesten, besonders solchen, die den Ereignissen von 1848- 51 und von 1863-64 galten. Aber sie war nicht, um eine Formulierung des Handbuchs für die Provinz für das Jahr 1929 zu gebrauchen, „amtlich festgestellt“. Immerhin heißt es dann über die blau-weiß-roten Farben: „Zum ersten Male bei dem Sängerfest in Schleswig im Jahre 1844 gezeigt, gelten sie seitdem als Landesfarben und werden überall als solche anerkannt.“

Im zentralen nationalsozialistischen Führerstaat wurden regionale Traditionen, sofern sie sich nicht dem totalitären System einfügen und dienstbar machen ließen, nicht geduldet. So ist denn im Handbuch für die Provinz für das Jahr 1936 der blau-weiß-roten Fahne keinerlei Erwähnung getan. Zu den Farben und Flaggen heißt es gleich am Anfang des Handbuchs: „Die Reichsfarben sind schwarz- weiß-rot. - Reichs- und Nationalflagge ist die Hakenkreuzfahne.“

Natürlich brauchte das seit dem Herbst 1945 schrittweise entstehende Land - seit 1949 Bundesland - Schleswig-Holstein wie die anderen Länder eine Flagge, ein unverwechselbares Zeichen seiner Eigenständigkeit, seiner Identität. Unter den deutschen Einwohnern war es, soweit zu sehen ist, zu keiner Zeit umstritten, daß nur die blau-weiß-rote Flagge in Frage kam. Ohnehin wurden in den Gründungsjahren des Landes Erinnerungen an das Streben nach eigener Staatlichkeit im 19. Jahrhundert viel-

fach beschworen. Überdies war die inzwischen über hundert Jahre alte Flagge nicht mit Reminiszenzen an die nationalsozialistische Terrorherrschaft belastet. Wohl aber erschien sie der stark angewachsenen dänischen Minderheit in Südschleswig zunächst nicht akzeptabel. Denn ihren anti-dänischen Symbolgehalt hatte die Flagge seit ihrer Entstehung behalten, und zwar nicht nur aus der Sicht der dänisch gesinnten Bevölkerung, sondern auch nach Auffassung der Deutschen, die sich ihrer in den damals leidenschaftlich ausgetragenen nationalen Auseinandersetzungen gern bedienten.

Als die britische Kontrollkommission 1948 über die Genehmigung der blau-weiß-roten Fahne zu entscheiden hatte, intervenierte die dänische Regierung: Die Flagge symbolisiere die Einheit von ganz Schleswig und Holstein (die ja dänischerseits bestritten wurde); sie sei „an old flag of revolt“. Ihr Gebrauch müsse in Dänemark und Südschleswig Unruhe auslösen; er sei in Dänemark immer als Provokation aufgefaßt worden. Man wird den dänischen Einspruch nur verstehen, wenn man etwas weiß von der Heftigkeit des wieder entfachten Grenz- und Nationalitätenkampfes in Südschleswig und sich in den deutsch-dänischen Beziehungen seit dem 19. Jahrhundert auskennt. Eben dies taten die Briten kaum, und im Foreign Office meinte man daher: „Die dänische Haltung zur Flagge erscheint uns vollkommen kindisch.“ Die Briten erteilten die Genehmigung, und so konnte der Landtag am 25. Oktober 1949 das „Gesetz zur vorläufigen Regelung des öffentlichen Flaggens“ beschließen, das vorsah, daß die Dienststellen des Landes neben der Bundesflagge auch die überlieferten blau-weiß-roten Farben Schleswig-Holsteins setzen konnten.

Erst das Gesetz über die Hoheitszeichen des Landes Schleswig-Holstein vom 18. Januar 1957 legte fest, daß die Landesfarben Blau-Weiß-Rot sind und die Landesflagge diese Farben zeigt.

Daß Symbole ihren Inhalt, ihre Bedeutung ändern können, wissen wir. Die blau-weiß-rote Fahne ist nunmehr seit langem das Symbol des demokratischen Bundeslandes Schleswig-Holstein.

Und da die nationale Konfrontation im Grenzland längst einem friedlichen, wenn auch nicht immer problemlosen, Wettstreit gewichen ist, dürfte sich kaum noch ein Däne durch die Landesflagge provoziert fühlen. Wenn wir sie zugleich als schön empfinden, so verdanken wir das den Schleswiger Damen von 1844. Sie verstanden es besser als ihre von politisch-staatsrechtlichen Theorien geleiteten Männer, wie man Farben wirkungsvoll kombiniert.

Ausgewählte Literatur

- Inge Adriansen u. Immo Doege, Danskellertysk? Billederaf national selvforstaaelse i 1920, Aabenra 1992/ Deutsch oder Dänisch? Bilder zum nationalen Selbstverständnis aus dem Jahre 1920, Flensburg 1992
- Uwe Barschei u. Volkram Gebel, Landessatzung für Schleswig-Holstein. Kommentar, Neumünster 1976
- Franz Benöhr, Die politische Dichtung aus und für Schleswig-Holstein in den Jahren von 1840-1864, Schleswig 1911
- Theo Christiansen, Schleswig 1836-1945. Eine Stadt und ihre Bürger in 110 Jahren des Wandels aller Lebensbedingungen, Schleswig 1973
- Knud Fabricius, Tidsrummet 1805-1864: Sønderjyllands Historie, Bd. VI, København o. J. Hermann Hagenah, 1830-1863. Die Zeit des nationalen Kampfes: Geschichte Schleswig- Holsteins, Bd. 6, Neumünster 1933 ff.
- Handbuch für die Provinz Schleswig-Holstein, Kiel 1929 u. Kiel 1936
- (Carl) Heiberg, Schleswig-Holsteins Wappen, Fahnen u. Farben, Schleswig 1845
- Kurt Jürgensen, Entscheidung für das Bundesland Schleswig-Holstein. Zur Entstehung der Länderordnung in der britisch besetzten Zone Deutschlands: Geschichte u. Gegenwart. Festschr. f. Karl Dietrich Erdmann, Neumünster 1980
- August Sach, Geschichte der Stadt Schleswig nach urkundlichen Quellen, Schleswig 1875.

Das Fröslee-Lager

Museum oder Ferienhotel?

von *HENRIK SKOV KRISTENSEN*

Einige Monate schon steht das Fröslee-Lager (Frøslevlejren) im Rampenlicht der Medien, sowohl innerhalb wie außerhalb Dänemarks. Normalerweise freut sich das Museum für das Fröslee-Lager über jede Erwähnung, allein schon aus dem Grunde, weil es zu den Hauptaufgaben des Museums gehört, die Kenntnisse der Geschichte des Fröslee-Lagers in den Jahren 1944-45 einem größtmöglichen Publikum zu vermitteln. In diesem Fall jedoch hätte das Museum gern auf die vielen Erwähnungen verzichtet, denn diese waren in den Augen des Museums wenig schmeichelhaft, ja sogar beschämend; nicht nur für das Fröslee-Lager und das Museum, sondern auch für Dänemark.

1. „Urlaub im Fröslee-Lager“

Der Startschuß wurde am 25. April 1994 abgegeben. Die größte Zeitung des Landesteils, „Jyske-Vestkysten“, konnte unter der Überschrift „Deutsche Urlauber im Gefangenenlager“ berichten, daß „das alte Gefangenenlager der Gestapo, das Fröslee-Lager, sich als Ferienhotel für Deutsche anbietet“ („Gestapos gamle fan- gelejr, Frøslevlejren, tilbydes som feriehotel til tyskere“). Ein großer Teil der Zeitungsleser hat sich sicherlich beim morgendlichen Kaffee verschluckt: Könnte so etwas stimmen? Jawohl, der Artikel gründete sich auf handfestes Material, nämlich ein deutschsprachiges Werbeprospekt, die „Frøslevlejrens Kursuscenter“ (ein Seminar- und Bildungszentrum, eines der vielen selbständigen Einrichtungen im Fröslee-Lager) kürzlich hergestellt und in Deutschland versandt hatte. Der Prospekt versprach den deutschen Touristen nicht nur ein kulturhistorisches Erlebnis

mit dem Thema „Ferienaufenthalt in der Vergangenheit - und mit Freiheit und Demokratie als Inhalt“ - sondern auch Erlebnisse mehr materieller Natur: „komfortable Einquartierung“ in den Lagerbaracken, sowie „Sauna, Fitneßcenter“ usw. und eine abwechslungsreiche Speisekarte im Restaurant des „Kursuscenter“.

Die Geschichte wurde von fast allen dänischen Zeitungen und von Funk und Fernsehen aufgegriffen. Die öffentliche Debatte, die darauf folgte, stellte ziemlich einhellig fest, daß die Anregung übel angebracht, ohne Fingerspitzengefühl, ja geschmacklos sei. Im Museum für das Fröslee-Lager konnten wir nur bedauern, daß die Öffentlichkeit kaum zwischen den einzelnen Einrichtungen des Fröslee-Lagers unterschied.

Im Museum, welches in hohem Maße mit dem Lager als solches identifiziert wird, fühlten wir uns in der öffentlichen Diskussion diskreditiert.

Das Museum konnte auch nur bedauern, daß die öffentliche Diskussion bisweilen anti-deutsche Untertöne bekam, denn was das Museum betrifft, sind deutsche Besucher immer willkommen und sind es immer gewesen. (Es ist nicht nur zum Schein, daß die Ausstellung in deutscher Sprache durchgetextet ist).

Auch internationale Pressebüros sahen eine groteske Seite in der Geschichte, und journalistisch komprimiert tikkerte in etwa folgende Nachricht über die Nachrichtenredaktionen der ganzen Welt: Die Dänen funktionieren früheres KZ-Lager in ein Ferienhotel um...

Zahlreiche Zeitungen und Fernsehsender auf der ganzen Welt brachten die bizarre Geschichte, garniert mit mehr oder weniger säuerlichen Kommentaren. Fernsehleute und Journalisten - nicht zuletzt deutsche - pilgerten zum Fröslee-Lager, um dieses sonderbare Phänomen näher zu betrachten.

An der Reaktion des Auslands gab es nichts zu deuteln. Sie reichte von tiefer Verwunderung über sarkastische Distanzierung bis zur dezidierten Entrüstung. Das Fröslee-Lager hatte somit die zweifelhafte Ehre, die Zielscheibe des wöchentlichen NDR-III

Magazins „Extra-Drei“ zu sein, und auch DER SPIEGEL (Ausgabe 19/94) hinterließ mit seiner beißend sarkastischen Erwähnung der Umtriebe im Fröslee-Lager den Eindruck einer dänischen Krämer-Mentalität. Das allgemein fehlende Wissen über die dänische Besatzungsgeschichte und damit über die Geschichte des Fröslee-Lagers hat zweifellos zur kategorischen Reaktion im Ausland beigetragen. Das Fröslee-Lager wurde nämlich ohne weiteres mit den „geläufigen“ deutschen KZ-Lagern gleichgesetzt, und deshalb kann es nicht verwundern, daß der Gedanke an ein Ferienhotel mit dazugehörigen materiellen und gastronomischen Bequemlichkeiten fast blasphemisch erscheinen mußte. Wenden wir uns deshalb der Geschichte des Fröslee-Lagers zu, einer Geschichte, die im hohen Maße ein Spiegelbild von Dänemarks ganz speziellem Status („Sonderstatus“) im deutsch-besetzten Europa darstellt.

2. Polizeigefangenenlager Frøslev 1944-45

Nicht selten werden wir im Museum gefragt; Wo wurden die Gefangenen gefoltert und hingerichtet? Vereinzelt fragen Besucher, Dänen sowie Ausländer, danach, wo die Gaskammer und das Krematorium im Lager plaziert waren. Die Besucher sind dann sehr überrascht, wenn wir antworten, daß keine dieser Scheußlichkeiten im Fröslee-Lager vorkamen. Auch gab es weder Hunger noch Epidemien!

Schon diese Tatsachen machen deutlich, daß das Fröslee-Lager kein „gewöhnliches“ Konzentrationslager gewesen ist.

Der Sonderstatus des Fröslee-Lagers geht im Grundsatz auf die Regelung vom 9. April 1940 zwischen Deutschland und Dänemark zurück. Als Dänemark an diesem Tag von Deutschland überfallen wurde, ergab sich die dänische Regierung nach kurzem Kampf und nahm das deutsche Ultimatum an. Das bedeutete, daß die Besetzung Dänemarks dem von Hitler vorgeschlagenen Muster entsprach. Sie wurde als „Friedensbesetzung“ definiert - oder richtiger - so genannt. Was mit „Friedensbesetzung“

gemeint war, wurde nie juristisch festgelegt. Es wurde kein Vertrag über die Besetzung, die von der dänischen Regierung nur unter Protest angenommen wurde, geschlossen. Fest stand jedoch, daß Dänemark weiterhin als ein souveräner Staat, mit dem Deutschland nicht im Kriege war, betrachtet wurde. Die verfassungsmäßigen Organe, König, Regierung und Reichstag konnten Weiterarbeiten, wenn auch mit Begrenzungen.

Für Deutschland war Dänemark noch Ausland, deshalb wurde keine deutsche Verwaltung in Dänemark aufgebaut. Die deutsch-dänischen Beziehungen, auch die handelsmäßigen, wurden in den alten Formen aufrechterhalten. Für Dänemark blieben das Auswärtige Amt und Außenminister Ribbentrop zuständig, nicht die Wehrmacht und nicht die SS.

In Dänemark bezeichnet man die Politik der dänischen Regierung als „die Verhandlungspolitik“ oder „die Zusammenarbeitspolitik“.

Im Sommer 1943 wuchs in der dänischen Bevölkerung die Unzufriedenheit mit dieser Politik, und am 29. August 1943 kam es zum offenen Bruch zwischen Dänemark und der deutschen Besatzungsmacht, die den militärischen Ausnahmezustand erklärte. Das dänische Heer und die Marine wurden entwapnet. Deutsche Standgerichte wurden errichtet, und für Sabotage und andere illegale Tätigkeiten gegen die Besatzungsmacht wurde die Todesstrafe eingeführt. Reichstag und Königsmacht wurden ihrer Befugnisse enthoben, und die Regierung trat de facto zurück. Wichtig ist aber, daß statt der Regierung die beamteten unpolitischen Staatssekretäre („departementchefer“) in den dänischen Ministerien die zivile Verwaltung übernahmen und also die neuen Verhandlungspartner des deutschen Reichsbevollmächtigten in Dänemark, SS-Obergruppenführer Dr. Werner Best, wurden. Dieser war in Dänemark Vertreter des deutschen Auswärtigen Amtes. Am 28. August 1943 wurde der erste dänische Saboteur von den Deutschen hingerichtet, und im Herbst 1943 wurden mehrere hundert dänischer Bürger ohne Gerichtsverfahren in deutsche Konzentrationslager und Zuchthäuser deportiert.

Die Deportationen riefen in der Bevölkerung Entsetzen hervor, und die Ministerialverwaltung protestierte wiederholt, aber ohne Erfolg.

Während einer Verhandlung im Januar 1944 mit Dr. Best schlug der Direktor des dänischen Außenministerium vor, in Dänemark ein Lager zu errichten, in welchem man die verhafteten Dänen internieren könne. Man hoffte, dadurch weitere Deportationen zu verhindern.

Im März akzeptierte Dr. Best den dänischen Vorschlag. Es wurde beschlossen, ein Lager unter der Bauleitung der deutschen Behörden zu errichten. Die Finanzierung und die Beschaffung des Baumaterials wurden allerdings dem dänischen Staat und den dänischen Behörden überlassen. Voraussetzung für eine dänische Beteiligung war, daß alle bisher deportierten Dänen nach Dänemark zurückgeführt wurden und weitere Deportationen aufhörten. Dr. Best akzeptierte - mit Ausnahme der im Oktober 1943 deportierten Juden. Die Deutschen verlangten, daß das Lager nahe der Grenze zu Deutschland liegen sollte. So wurde ein Stück Heidellandschaft an der Frösleer Plantage ausgesucht. Im August 1944 kamen die ersten rund 800 dänischen Häftlinge in das „Polizeigefangenenlager Frøslev“ (der offizielle Name). Sie kamen nicht aus KZs in Deutschland, sondern aus einem Internierungslager auf Seeland. Das deutsche Versprechen, daß deportierte Dänen zurückgeführt werden sollten, wurde nicht erfüllt.

Das Fröslee-Lager diente der Unterbringung der Gefangenen der Deutschen Sicherheitspolizei in Dänemark. Der Lagerkommandant war ausschließlich dem Chef der deutschen Sicherheitspolizei gegenüber verantwortlich. Die Kommandantur des Fröslee-Lagers bestand aus SS-Personal, ganz wie in den deutschen KZ-Lagern. Die innere Lagerführung der Deutschen lag dagegen beim Personal der deutschen Ordnungspolizei. Dies ist ungewöhnlich. Was aber das Fröslee-Lager ganz einzigartig macht im Vergleich zu anderen deutschen Lagern in Europa, war die sogenannte Dänische Unterkunftverwaltung. Aufgrund eines

Vorschlags der dänischen Ministerialverwaltung hatte Dr. Best darin eingewilligt, daß das dänische Gefängniswesen die Verpflegung, die Medikamentenversorgung und gewisse andere Versorgungungen übernahm. Die dänische Verwaltung bekam eine Baracke außerhalb des Lagergebietes angewiesen. Innerhalb des Lagergebietes war deren Hauptbastion die Lagerküche!

Man hat das Fröslee-Lager das merkwürdigste deutsche KZ-Lager genannt - mit Recht, muß man sagen!

Ganz wie in anderen Lagern wünschten die Deutschen, daß die Gefangenen eine gewisse, aber begrenzte Eigenverwaltung hatten. Und die Terminologie hier kennt man nur allzu gut: Unter den Gefangenen wurde ein Lagerältester benannt, und in jeder Baracke ein Barackenältester. Es wurden Vorarbeiter usw. ernannt. Im Fröslee-Lager entwickelte sich die Gefangenen-Selbstverwaltung jedoch niemals zu der grausamen Hierarchie, die wir aus den KZ-Lagern kennen. Ganz im Gegenteil: Die Gefangenen-Selbstverwaltung entwickelte sich zu einem effektiven „Schutz-Schild“ zwischen den Gefangenen und der deutschen Lagerführung. Daß dies so im Fröslee-Lager geschah, ist auf drei Umstände zurückzuführen:

Erstens gab es nie einen Mangel an Lebensmitteln im Lager, und somit gab es keine Basis für den Kampf um das physische Überleben, welches alle Verhältnisse in den KZ-Lagern bestimmte. Der Schlüssel zum Überleben in diesen Lagern bestand darin, entweder den Status als „prominenter“ Gefangener zu erlangen oder sich wenigstens mit den wichtigen gut zu stellen.

Zweitens wurden die Gefangenen im Fröslee-Lager trotz deutscher Versuche nicht in verschiedene Kategorien aufgeteilt, so wie wir es aus den KZ-Lagern kennen. Die Gefangenenleitung verweigerte ihre Mitwirkung hieran. In den KZ-Lagern war es Brauch, daß es einen ständigen Machtkampf zwischen den verschiedenen Gefangenenkategorien gab, nicht zuletzt deshalb, weil die deutsche Lagerführung sie bewußt gegeneinander auspielten. Im Fröslee-Lager gab es eine beachtliche Homogenität zwischen den Gefangenen - sie waren im großen und ganzen

politische Häftlinge, und ebenso konnten die Deutschen nicht nationale Gegensätze ausnutzen.

Drittens, und dies ist ganz wesentlich für die speziellen Verhältnisse im Fröslee-Lager, muß man auf die deutsche Besatzungspolitik in Dänemark hinweisen, so wie dies oben beschrieben wurde. Obwohl die Verhältnisse im Laufe der Besetzung verschärft wurden, blieb die deutsche Politik in Dänemark vergleichsweise milde im Vergleich zu anderen deutsch besetzten Ländern. Diese „milde“ Politik, die zur Folge hatte, daß die Dänen noch als eine Art Menschen angesehen wurden, fand in hohem Maße in der deutschen Verwaltung des Fröslee-Lagers Ausdruck.

Die Gefangenenleitung des Fröslee-Lagers baute eine imponierende Organisation auf, die im Laufe ganz weniger Monate 95 Prozent des Lagerbetriebes innehatten. Die Gefangenen konnten nämlich hochqualifizierte Arbeitskräfte in allen Bereichen stellen. Damit machten sich die Gefangenen unentbehrlich und gewannen entsprechenden Einfluß. Die Gefangenenleitung steuerte nach und nach souverän Planung und Durchführung der gesamten Arbeit im Lager. Auch im Fröslee-Lager hatten die Deutschen das „heilige“ Prinzip, daß alle arbeitstauglichen Gefangenen arbeiten sollten. Und wie in anderen Lagern hatten die Gefangenen den eisernen Grundsatz, so wenig wie möglich zu arbeiten - es sei denn, die Arbeit brachte direkte Vorteile für sie selber.

Das Monopol der Planung und Durchführung der Arbeit hatte Folgen in etlichen fast possenhaften Arbeitskommandos: z. B. hatte man ein festes „Gitterfußabstreicherreinigungskommando“ mit zeitweise fast 14 Gefangenen - in Vollzeitbeschäftigung. Die deutsche Lagerführung konnte schwerlich übersehen, daß die Gefangenen eine riesige „Potemkin-Kulisse“ bauten, aber so lange alle Gefangenen - wenigstens auf dem Papier - beschäftigt waren, akzeptierte man dies stillschweigend. Im großen und ganzen muß man feststellen, daß die deutsche Lagerführung des Fröslee-Lagers, ungeachtet ihrer „Verdienste“ in anderen

Lagern, sehr moderat auftrat, und die „Meister“ von der Schutzpolizei, die die tägliche Aufsicht über die Gefangenen hatten, waren in der Regel umgängliche Leute. Die weniger gutmütigen suchte die Gefangenenleitung durch Bestechung und Druck für sich zu gewinnen.

In einem sehr wichtigen Punkt vermochte die Gefangenenleitung jedoch kaum etwas zu erreichen - wie auch alles daraufhindeutet, daß dieser Punkt auch außerhalb des Einflußbereiches der deutschen Lagerkommandantur lag: Am 15. September 1944, also nur einen Monat nach Lagereröffnung, zerstörte die deutsche Besatzungsmacht die eigentliche Grundlage für die Einrichtung des Fröslee-Lagers, als sie ca. 200 Gefangene in das KZ-Lager Neuengamme bei Hamburg deportierte. Diesem Transport folgten weitere, alle nach Neuengamme bei Hamburg, außer dem letzten größeren Transport im Februar 1945, der nach Dachau bei München ging.

Insgesamt wurden ca. 1.600 Fröslee-Gefangene in KZ-Lager in Deutschland deportiert, wo sie mit ganz anderen Verhältnissen konfrontiert wurden als im Fröslee-Lager.

Die ständige Drohung einer Deportation lag wie ein tiefer Schatten über dem Fröslee-Lager. Keiner konnte sich sicher fühlen! Ca. 400 der Deportierten kehrten nicht lebend zurück. Trotzdem muß man festhalten, daß das Fröslee-Lager in dänischen Augen ein Erfolg war-jedenfalls ein relativer Erfolg:

Insgesamt machten ca. 12.000 Gefangene „Bekantschaft“ mit dem Fröslee-Lager. Hierunter waren jedoch 4.000 - 5.000 skandinavische KZ-Gefangene während des Heimtransportes mit den sogenannten „Hvide Busser“ (Weißen Autobussen) - hauptsächlich im April 1945. Dies heißt, daß ca. 7.000 - 8.000 im Fröslee-Lager von der Besatzungsmacht interniert wurden. Wenn das Fröslee-Lager nicht errichtet worden wäre, muß man davon ausgehen, daß diese Gefangenen in ein KZ-Lager in Deutschland deportiert worden wären. Hinzu kommt, daß Fröslee für einen Gefangenen, auch wenn er von hier in ein KZ-Lager deportiert wurde, in der Regel eine Verzögerung der Deportation

bedeutete.

Und dies war nicht unwesentlich im Hinblick auf die Überlebenschancen. Die Todesrate des ersten Transportes im September 1944 war ca. 50 Prozent, sie fiel jedoch erheblich, je später der Transport erfolgte.

3. Das Fröslee-Lager 1945-1984

Anlässlich der deutschen Kapitulation am 5. Mai 1945 wurde das Fröslee-Lager von Gefangenen geräumt - doch nur, um fast gleichzeitig mit neuen Gefangenen belegt zu werden. Jetzt waren die Rollen jedoch vertauscht.

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Rechtsabrechnung (Retsopgøret) in Dänemark wurde das Lager dazu genutzt, Personen, die landesverräterischer Umtriebe während der Besetzung bezichtigt wurden, zu internieren. Im „Faarhus- Lager“, in welches das Fröslee-Lager schnell umgetauft wurde, wurden hauptsächlich männliche Mitglieder der deutschen Minderheit in Nordschleswig interniert. Bis Herbst 1945, wo der dänische Strafvollzug die Verwaltung des Faarhus-Lagers übernahm, waren es Mitglieder der früheren Gefangenenleitung aus dem Fröslee-Lager, die das Faarhus-Lager verwalteten. Als kleine Kuriosität darf genannt werden, daß der frühere dänische Lagerälteste dieselbe Haus- und Strafordnung benutzte wie sein Vorgänger im Lagerkommandanten-Büro! Das Faarhus-Lager wurde 1949 aufgelöst, als die Internierten weitestgehend ihre Strafe abgesessen hatten. Es drehte sich, wie schon angeführt, hauptsächlich um Mitglieder der deutschen Minderheit, und diese waren im wesentlichen verurteilt worden wegen Frontdienst in der Waffen-SS oder an der „Heimatfront“ in den bewaffneten und uniformierten Korps: Zeitfreiwilligendienst und Selbstschutz. Insgesamt handelte es sich hier um ca. 3.000 Personen.

Im November 1949 übernahm das dänische Heer das Lager, jetzt als Kaserne unter dem Namen „Padborglejren“ (das Pattburg-Lager).

Von 1968 bis 1975 wurde das Lager als Kaserne für den Zivilschutz-Dienst (Civiltforsvaret) genutzt; in den folgenden Jahren siechte es dahin als Depot für Krankenhaus-Bereitschaftsmaterial. Das Lager wäre womöglich Mitte der 80'er Jahre dem Erdboden gleichgemacht worden, wenn nicht ca. 20 Jahre vorher etwas ganz Entscheidendes für die weitere Existenz des Lagers passiert wäre.

4. Das Museum für das Fröslee-Lager

Bei einem Treffen ehemaliger Fröslee-Gefangener im Jahre 1965 wurde der Gedanke eines Museums über das Fröslee-Lager geboren. Es wurden mehrere Arbeitsgruppen gebildet, und 1969 konnte man den Hauptwachturm und eine frühere Häftlingsbaracke unentgeltlich an den Staat übertragen, der sich einer Museumsgründung durch das Nationalmuseum annahm.

In den folgenden Jahren konsolidierte sich das Museum, das als eine Unterabteilung des Freiheitsmuseums („Frihedsmuseet“) in Kopenhagen betrieben wurde, mit hohen Besucherzahlen. Vom Beginn der 70'er Jahre hatte das Museum Besucherzahlen zwischen 50.000 und 60.000 im Jahr.

Indessen entstand 1986, als das Nationalmuseum im Zusammenhang mit einer größeren Umstrukturierung zu verstehen gab, daß man das Museum des Fröslee-Lagers einen neuen Status geben wollte, große Unsicherheit hinsichtlich der Zukunft des Museums. In den folgenden Jahren wurde über den weiteren Betrieb und die Existenz des Museums verhandelt. An diesen Verhandlungen nahm natürlich das Nationalmuseum und außerdem der „Kontaktausschuß“ für das Museum des Fröslee-Lagers teil, der seit den Anfängen des Museums ihm mit Rat und Tat zur Seite gestanden hatte (das Museum hatte keinen fachlich ausgebildeten festangestellten Leiter). Weiterhin „Dansk Røde Kors“ (dänisches Rotes Kreuz), welches daran interessiert war, ein Rotes-Kreuz-Museum im Fröslee-Lager zu errichten, und schließlich und ganz wichtig die Stiftung „Das Fröslee-Lager“ (Den Selvejende Institution Frøslevlejren, DSIF). Letztere wurde

von Sønderjyllands Amt und der Gemeinde Bov im Januar 1984 gegründet und war unverzüglich mit einer umfassenden Restaurierung der vielen Baracken als ABM-Maßnahme angefangen. 1988 erreichte man folgendes Verhandlungsergebnis: Das Museum des Frøslee-Lagers etablierte eine Zusammenarbeit mit dem neugeschaffenen Rotkreuzmuseum, und diese Museumskonstellation wurde zu einer Stiftung mit dem Namen „Museet for Frøslevlejren og Dansk Rode Kors Museum“ (Museum für das Fröslee-Lager und Museum des dänischen Roten Kreuzes). Das neue Rotkreuzmuseum wurde in einer früheren Häftlingsbaracke eingerichtet, so daß das „neue“ Museum jetzt über drei Gebäude verfügen konnte. Der Betrieb wurde durch jährliche Zuschüsse vom Nationalmuseum, der Stiftung Frøslee-Lager (DSIF - Amt und Gemeinde) und dem dänischen Roten Kreuz gesichert. Diese Einrichtungen sowie der oben genannte Kontaktausschuß für das Museum des Frøslee-Lagers bekamen Sitz im Vorstand des Museums, und Vorsitzender wurde der Direktor des Nationalmuseums, „rigsantikvar“ Olaf Olsen. Das Nationalmuseum behielt das Eigentumsrecht über die beiden Gebäude, die den Rahmen des Museums für das Frøslee-Lager bilden, ungeachtet der neuen Betriebsform, und auch die Ausstellungsgegenstände verbleiben Eigentum des Nationalmuseums. Das „neue“ Museum wurde im Frühjahr 1989 eingeweiht, wo gleichzeitig der Verfasser dieses Artikels als fachlich ausgebildeter Leiter seinen Dienst antrat.

5. Die Aktivitäten im Frøslee-Lager im Ausbau

Parallel zu den Verhandlungen über die weitere Existenz des Museums im Frøslee-Lager schritt die Restaurierung weiter voran, und da die Absicht war, daß das Lager sich nach einer Etablierungsphase selbst tragen sollte, wurden die fertiggestellten Baracken vermietet. In wenigen Jahren wurden im Lager eine Rotkreuz-Bildungseinrichtung, ein Museum der Territorialverteidigung („Hjemmevæmsmuseet“), eine Ausstellung über die dänische Zivilverteidigung („Civilforsvaret“) eine Amnesty Inter-

national-Ausstellung und eine Ausstellung über die Natur des Gebietes um Frøslee eingerichtet. Letzter Sprößling dieser Entwicklung ist eine Ausstellung von den Einsätzen der dänischen UNO-Streitkräfte (Blauhelme) über die Jahre. Gemeinsam für diese Museums- oder museumsähnlichen Aktivitäten ist, daß sie mehr oder weniger durch die hinter ihnen stehenden Organisationen finanziert werden und im beträchtlichen Umfang von freiwilligen der betreffenden Organisationen betreut werden. Die hohe Besucherzahl des Museums für das Frøslee-Lager machten es auch für diese Organisationen attraktiv, sich im Frøslee-Lager zu etablieren.

1991 kündigte das Rote Kreuz den Mietvertrag der Bildungseinrichtung. Nach einer mißglückten Verpachtung überließ die Stiftung (DSIF) das Schulungszentrum (jedoch nicht die Gebäude) einer Privatperson, die jetzt diese Einrichtung unter dem Namen „Frøslevlejrens Kursuscenter“ betreibt. Dieses offene Bildungszentrum, welches die anfangs erwähnte Broschüre herausgab, wird als ganz normales Geschäft betrieben. Nutzer und Kunde sind hauptsächlich die Privatwirtschaft, welche Kurse für ihre Mitarbeiter in den Gebäuden durchführt, sowie öffentliche Institutionen. Traditionsgemäß werden weniger Kurse während der Sommermonate durchgeführt, und mit der Broschüre hat der Direktor der Bildungseinrichtung den Versuch unternommen, diese auch in den ruhigen Monaten in Gang zu halten.

6. Zwischen Aktivitätszentrum und nationaler Gedenkstätte

Wie eigentlich aus dem oben Gesagten hervorgehen müßte, gibt es einen weitgespannten Bogen von Aktivitäten im Frøslee-Lager. Die organisatorischen Verhältnisse können für Nicht-Eingeweihte schwer zu durchschauen sein. Auf der einen Seite des Spektrums haben wir ein fachlich betriebenes Museum mit dem Nationalmuseum als Eigentümer. Dieses Museum hat seine natürliche Stätte im Frøslee-Lager, weil es sich mit der Lagergeschichte 1944-45 beschäftigt; hierunter auch das Schicksal der-

jenigen Häftlinge, die in die Hölle der KZ-Lager geschickt wurden. Auf der anderen Seite dann das „Kursuscenter“, ein Geschäft, dessen Direktor natürlich versucht, wirtschaftlich zu arbeiten, u. a. mit dem Angebot von „Komfort“ und „gastronomischen Erlebnissen“ an die Kunden. Zwischen diesen Extremen gibt es eine Reihe von Museen oder museumsähnlichen Aktivitäten - alle sind, jede für sich, lobenswert, aber eine direkte Verbindung zu dem Fröslee-Lager 1944-45 haben sie unwiderlegbar nicht. Die vielen Einrichtungen können der Öffentlichkeit einen etwas verwirrenden Eindruck über das Lager geben. Es gibt jedoch keinen Zweifel darüber, daß der größte Teil der dänischen Öffentlichkeit das Fröslee-Lager als nationale Gedenkstätte des Lagers 1944-45 und der Fröslee-Gefangenen betrachtet, die in die Marter der KZ-Lager deportiert wurden. Davon zeugt die starke Reaktion auf die Initiative des Kursuscenter. Gerade der Gedanke einer nationalen Gedenkstätte über das Lager und dessen Gefangene war auch die treibende Kraft hinter der Museumsinitiative von 1965, und in diesem Geist nahm sich auch der Staat der Sache 1969 an, das Museum des Fröslee-Lagers zu unterhalten. Alle späteren Aktivitäten im Fröslee-Lager sind mit den besten Absichten passiert, auch um das Lager als Gedenkstätte zu bewahren. Aber mit der aktuellen Diskussion ist auch klar geworden, daß das Fröslee-Lager sich an einem Scheidepunkt befindet. Alle, die mit dem Lager zu tun haben, müssen mit sich selbst ins reine kommen, ob das Lager zuerst eine nationale Gedenkstätte sein und als solche verstanden werden soll, oder ob das Lager sich hauptsächlich zu einem Aktivitätszentrum entwickeln und als solches betrachtet werden soll, wo die Gebäude „zufälligerweise“ irgendwann dazu genutzt wurden, Häftlinge einzuquartieren. Wünscht man zuerst das Fröslee-Lager als Gedenkstätte, darf die Geschichte des Lagers natürlich nicht durch andere Botschaften in den Hintergrund gedrängt werden, so lobenswert sie zum Teil auch sein mögen. Und eine Botschaft wie die, die das Kursuscenter mit der erwähnten Broschüre verlauten ließ, untergräbt direkt die Glaub-

würdigkeit des Ortes als nationale Gedenkstätte für die Dänen, die durch Krankheit und Hunger in den KZs in Deutschland umgebracht wurden. Etwas ganz anderes ist, daß, wenn diese ethische Grenze weiter überschritten wird, das Lager den letzten Rest von Authentizität, Würde und Respekt verlieren würde, welche notwendigerweise eine Gedenkstätte umgeben sollen, wenn sie ihre Anziehungskraft bewahren soll.

Übersetzung: Henrik Vestergaard

Kritik an „Urlaubsvergnügen“ in Fröslee-Lager

Deutsche Minderheit hat ambivalentes Verhältnis zum Lager

FRÖSLEE. Anfang 1944: Der Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht in Dänemark hatte in der Bevölkerung Fuß gefaßt und wurde mittlerweile auch von England logistisch unterstützt. Im August 1943 hatte der deutsche Reichsbevölmächtige, Dr. Werner Best, den Ausnahmezustand erklärt. Dies gab der bis dahin nur schwachen Widerstandsbewegung Auftrieb. Aber die Besatzungsmacht verstärkte im gleichen Umfange ihre Gegenmaßnahmen. Terror und Gegenterror nahmen zu. Mit größtem Unbehagen sah die Regierung in Kopenhagen, daß zunehmend mehr dänische Widerstandskämpfer in deutsche Konzentrationslager verschleppt wurden. Da schlug sie der Besatzungsmacht ein ungewöhnliches Abkommen vor.

In Fröslee bei Pattburg, nur wenige Kilometer nördlich der deutsch-dänischen Grenze, wollten die Dänen ein Internierungslager für ihre eigenen Landsleute bauen. Es sollte gefangene Widerstandskämpfer aufnehmen, die unter deutscher Bewachung stehen sollten. Im Gegenzug sollte der Häftlingstransport in Konzentrationslager eingestellt werden.

Die Deutschen stimmten diesem Vorhaben zu. Doch wenige Tage später brachen sie ihr Abkommen: 196 dänische Widerstandskämpfer wurden gezwungen, auf Lastwagen zu steigen. Ziel ihrer Fahrt waren deutsche Konzentrationslager, in denen viele Dänen umkamen.

Dann, am 19. September 1944, also vor 50 Jahren, schlug die deutsche Besatzungsmacht erneut zu. In einer gut vorbereiteten Aktion wurden sämtliche Polizeiwachen des Königreiches besetzt und die diensthabenden Beamten verhaftet.

Die Deutschen hatten bis dahin die Ordnungsmacht in den Händen der Dänen belassen. Doch als sich der Widerstand in den Reihen der Bevölkerung formierte, schwand das Vertrauen der Besatzungsmacht in die Polizei und Gendarmerie. In immer häufiger auftretenden Fällen war eine Zusammenarbeit zwischen Polizeibeamten und Widerstandskämpfern festgestellt worden. Die größte Zahl der Verhafteten wurde zunächst im Fröslee-Lager sowie im Horserød-Lager auf Seeland interniert. Doch diese Lager waren generell nur eine Durchgangsstation. Nach der deutschen Kapitulation wurde das Fröslee-Lager unmittelbar einer neuen Bestimmung zugeführt. Innerhalb weniger Tage wurden Tausende Mitglieder der deutschen Minderheit in Nordschleswig verhaftet und in dem Lager eingesperrt. Die Minderheit bekam den Zorn der Dänen zu spüren, der sich vor

allem während der fünfjährigen Besatzungszeit aufgestaut hatte.

Als Hitler 1933 an die Macht kam, waren erst 13 Jahre seit der Volksabstimmung vergangen, die zur Abtretung Nordschleswigs an Dänemark geführt hatte. Die entstandene deutsche Minderheit konnte sich damit nicht abfinden, nun dänische Staatsbürger zu sein. Sie forderte eine neue Grenzziehung und die erneute Einverleibung in Deutschland. Nur allzu schnell ließ sich die Volksgruppe von der nationalsozialistischen Propaganda einlullen. Selbst als vom Außenministerium in Berlin gegenüber der Minderheitenführung klargestellt wurde, daß Deutschland nicht an einer Grenzrevision interessiert war, blieb die Spitze der Volksgruppe bei ihrer „Heim-ins-Reich“-Politik. Und als Deutschland am 9. April 1940 Dänemark besetzte, wurde die Minderheit zu einem willfährigen Bundesgenossen. Die Reaktion blieb 1945 nicht aus. Wen die Dänen aus den Reihen der deutschen Minderheit auch immer fangen konnten, wurde festgenommen und im nun in Faarhus-Lager umbenannten Fröslee-Lager inhaftiert. Erst 1949 wurde das Lager aufgelöst.

1984 wurde dann eine körperschaftseigene Einrichtung geschaffen und als Beschäftigungsmaßnahme etwa 30 Baracken renoviert, in denen verschiedene Museen untergebracht sind. Im Mittelpunkt steht jedoch das Museum zur Geschichte des Fröslee-Lagers. Gerade in diesem Jahr, in dem gleich mehrfach Anlässe zum 50jährigen Gedenken an die Opfer der Besatzung bestehen, ist das Fröslee-Lager aus anderem Grunde in die Schlagzeilen geraten.

Einige der restaurierten Gefangenenbaracken sind nämlich an ein privatwirtschaftlich geführtes Kursuszentrum vermietet. Und dessen Geschäftsführer hatte eine gewagte Idee. Rechtzeitig vor der Urlaubssaison ließ er eine deutschsprachige Broschüre erstellen, in der er historisch ungenau die Geschichte des Internierungslagers darstellte und gleichzeitig um deutsche Urlaubsgäste warb. Da wurde unter anderem die ruhige Lage in einem Waldgebiet angepriesen. Mit kulinarischen Spezialitäten, Sauna und nahegelegenen Golfplatz sollte ausgerechnet deutschen Urlaubern der Ferienaufenthalt in einem Internierungslager aus dem Zweiten Weltkrieg schmackhaft gemacht werden, das für viele Dänen der Vorhof zu einem Konzentrationslager war.

Die Diskussion über diese Art „Urlaubsvergnügen“ war nicht allein in Dänemark heftig, sondern fand auch im Ausland reges Medieninteresse. Der Werbevorstoß des cleveren Geschäftsmannes stieß, wie sich jetzt zeigt, ins Leere. Es gab keinen einzigen Lager-Touristen.

Doch die Diskussion um den inhaltlichen Umgang mit dem Lager ist noch nicht abgeschlossen. Denn die Darstellung im Museum befaßt sich fast ausschließlich mit der Zeit von der Eröffnung am 13. September 1944 bis zum 5. Mai 1945. Die Zeit des Faarhus-Lagers bis 1949 wird in der offiziellen Bewertung nur am Rande erwähnt, eine museale Berücksichtigung findet gar nicht statt.

Und ausgerechnet am 4. Mai dieses Jahres, als im Lager die traditionelle Gedenkfeier zum Befreiungstag abgehalten wurde, warf mit Kresten Philipsen, dem Vorsitzenden der körperschaftseigenen Einrichtung und zugleich Amtsbürgermeister des Amtes Sønderjylland, ein Däne den Stein des Anstoßes. Als Hauptredner vermißte er vor Veteranen der Widerstandsbewegung eine historische Darstellung der Lagerzeit nach dem 5. Mai 1945. Gleichzeitig drückte Kresten Philipsen die Hoffnung aus, daß das Faarhus-Lager nach den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Befreiung im Jahre 1995 eine Berücksichtigung finden könne.

Die deutsche Minderheit war von diesem Vorstoß deutlich überrascht, reagierte jedoch positiv. Doch aus den Reihen der Widerstandsbewegung kam harte Kritik. Die Veteranen wollen nicht Frøslee und Faarhus gleichsetzen. Für sie wurden dort nach dem 5. Mai 1945 Landesverräter und Kollaborateure eingesperrt – und mit denen wollen sie auch in einem historischen Rückblick nicht gemeinsam genannt werden.

Die deutsche Minderheit selbst hat ein ambivalentes Verhältnis zu dem Lager. Einerseits ist es das äußere Zeichen ihrer damaligen Verknüpfung mit dem Nationalsozialismus, andererseits wurden dort nicht allein Schuldige aus ihren Reihen inhaftiert. Doch gleichzeitig ist die Minderheit in Zugzwang geraten. Sie muß sich Gedanken darüber machen, ob und wenn ja, in welcher Form die Zeit des Faarhus-Lagers äußerlich und inhaltlich dargestellt werden kann.

*Peter Volgmann, in:
Flensburger Tageblatt, 16.09.1994*

Lebensqualität nach dänischer Art

Es gibt sie über fünfmillionenfach. Sie leben recht gut und zwar mehrheitlich etwas über ihre Verhältnisse, und vermieten daher gern ihre Ferienhäuser zu leicht überhöhten Preisen an deutsche Urlauber. Gemütlichkeit und Lebensqualität wird bei ihnen ganz groß geschrieben, und sie stehen dem vereinten Europa eher mißtrauisch bis feindlich gegenüber. So oder ganz ähnlich klingen einige der beliebtesten Vorurteile gegenüber den Dänen, doch wie sieht eigentlich die Wahrheit über das Volk dieses (Halb)Inselreichs aus?

Auf die Antwort auf diese Frage müssen wir nicht länger warten, nachdem ein Forscherteam von der Universität Århus im vergangenen Jahrzehnt nichts Aufdringlicheres zu tun hatte, als rund 1800 Zeitgenossen wiederholt nach ihrem Lebensgefühl zu befragen. Herausgekommen ist bei der Umfrage, die einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung traf und sich über vier Runden in den Jahren 1982, 1986, 1988 und 1990 erstreckte, das Portrait einer Nation, die sich

über eine absolute Mehrheit von mündigen und verantwortungsvollen Bürgern freuen darf.

Medien und Politiker begingen nämlich oft den Fehler, ihre Bevölkerung als engstirnig und desinteressiert zu betrachten, heißt es in dem Forschungsbericht. Im Gegensatz zu der weit verbreiteten Annahme, die Dänen schreckten vor übermäßigen Arbeitsbelastungen zurück, hat sich herausgestellt, daß die meisten von ihnen durchaus bereit sind, über die tariflichen Normen hinaus zu schuften, obwohl ihnen regelmäßig bis zu zwei Dritteln des Mehrverdienstes an Steuern gleich wieder abgenommen wird. Daß die nördlichen Nachbarn dabei im Schnitt auch deutlich mehr arbeiten als ihre deutschen Kollegen, sei hierbei am Rande vermerkt.

Es gehe ihnen „sehr gut“ oder doch wenigstens „gut“, vermeldeten ganze 62 Prozent der Dänen gegenüber den Forschern und stellen damit noch einmal ihre deutschen Nachbarn in den Schatten. In vergleichbaren Erhebungen würden nur rund ein Viertel der Deutschen sich zu einem solchen Lebensgefühl bekennen, gaben die Forscher an. Den dänischen Männern scheint es dabei noch eine Kleinigkeit besser zu gehen als ihren Frauen. Kein Wunder: „Die von Männern beherrschte Gesellschaft, in der ein Mann mehr verdiene und weniger von der Hausarbeit erledige“, sei auch in Dänemark längst noch nicht abgeschafft, meint Professor Eggert Petersen, der das Forscherteam hinter der Nationalstudie leitete. Auch nach Berufsgruppen geordnet ergibt sich ein wechselndes Bild. Den Selbständigen ging es – ihren eigenen Angaben zufolge – deutlich am besten, der Beamtenstand und die Angestellten mußten im vergangenen Jahrzehnt einen deutlichen Verlust an Lebensfreude hinnehmen. Mit ihrer Lage am unzufriedensten schien über alle Jahre hinweg die stetig wachsende Schar der Rentner und Arbeitslosen. Doch Professor Petersens Untersuchungen machen auch Schluß mit der gängigen Einteilung der Bevölkerung in soziale Schichten. Ein eindeutiger Zusammenhang zwischen finanziellem Lebensstandard und erlebter Lebensqualität gebe es keinesfalls, meinen die Forscher, hüten sich jedoch auch vor der umgekehrten Verallgemeinerung, Geld allein könne gar nicht glücklich machen.

In der aktuellen Vorwahlkampf-Zeit gibt die 350 Seiten starke Studie auch den Politikern noch gewisse unerwartete Anregungen. Entgegen der landläufigen Meinung, die Wähler würden stets jenen Kandidaten wählen, der die höchsten Steuererleichterungen in Aussicht stelle, erklärt eine überwältigende Mehrheit der Stimmberechtigten, es sei nun endlich an der Zeit, die Staatsschulden abzuschaffen, bevor die Steuern gesenkt würden. Ob diese neue Erkenntnis sich auch in den Wahlreden der kommenden Monate niederschlägt, bleibt jedoch abzuwarten.

Leif Jonasson, in:

„Ein bedeutendes Jahr für die deutsche Volksgruppe“

(N) APENRADE. Für die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig sei 1993 ein bedeutendes Jahr gewesen. Das Ergebnis des Referendums über die Europäische Union und die regionalen und lokalen Wahlen kamen den seit Jahrzehnten vorgebrachten Vorstellungen und Strategien der deutschen Gemeinschaft entgegen, heißt es in dem jetzt veröffentlichten Jahresbericht '93 des „Europäischen Büros für Sprachminderheiten“.

Mit der Richtungsänderung des Bundes deutscher Nordschleswiger und dem Besuch der Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein in Nordschleswig sei ein neuer, dynamischer Ansatz für die Behandlung des Problems der Minderheiten gewählt worden.

„Das ständige Sekretariat der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen“, heißt es im Jahresbericht des Büros der europäischen Sprachminderheiten weiter, „feierte 1993 seinen zehnten Geburtstag. Durch ihre Teilnahme am Empfang im Parlamentsgebäude haben der dänische Staatsminister und verschiedene Mitglieder des Kabinetts und der Staatsverwaltung wieder einmal unter Beweis gestellt, welche Bedeutung sie dem Sekretariat beimessen“.

Es habe eine bedeutende Rolle als Vermittler und Botschafter in den Angelegenheiten der Sprache gespielt, es unterhalte direkte Kontakte mit dem dänischen Parlament und der staatlichen Verwaltung. Sekretariatschef Siegfried Matlok sei, so wird im Jahresbericht würdigend hervorgehoben, Mitglied der dänischen Delegation bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

„Er informiert sich regelmäßig beim dänischen Komitee des Europäischen Büros über die aktuellen Entwicklungen für Minderheitensprachen. Das hat direkte Konsequenzen: Das Komitee konnte einen Anstieg der Informationsanfragen über die Minderheitensprachen verzeichnen und den Verteiler der Zeitschrift „Contact Bulletin“ in deutscher Sprache vergrößern“.

Bei der Volksabstimmung über den Maastrichter Vertrag, heißt es im Jahresbericht weiter, habe sich die deutsche Minderheit für Europa ausgesprochen und das Wahlergebnis positiv beeinflusst. Hingewiesen wird auch auf die regionalen und lokalen Wahlen am 16. November, die für die deutsche Volksgruppe von großer Bedeutung gewesen seien. Die Ergebnisse wären zufriedenstellend gewesen, da die Anzahl ihrer Vertreter in den Kommunalräten zugenommen habe – ein Zeichen dafür, daß die absteigende Tendenz der siebziger Jahre zuende sei.

Nach jahrelangen Vorarbeiten schein sich die Idee eines europäischen Minderheitenzentrums in die Tat umzusetzen.

Am 6. November, so wird erinnert, habe ein hoher Bonner Beamter in der Öffentlichkeit erklärt, daß die Bonner Regierung bereit sei, ein solches Zentrum zu finanzieren. Dies wäre von großer Bedeutung für die Sprachgemeinschaft Europas.

Das dänische Komitee hat übrigens gefordert, das Europäische Minderheitenzentrum in Apenrade einzurichten.

Nordschleswiger, 01.09.1994

12 von 24 Nord-Abgeordneten für eine große Minderheitenlösung

-uk- APENRADE. Von den entweder in ihrem Wahlkreis direkt gewählten oder über die Landesliste ihrer Partei in den Bundestag gelangten insgesamt 24 Abgeordneten aus Schleswig-Holstein – elf CDU, zehn SPD, drei FDP – hat sich nur die Hälfte bei den Abstimmungen über das künftige reformierte deutsche Grundgesetz zugunsten eines Artikels 20 b zum Schutz bzw. zur Achtung von Minderheiten ausgesprochen.

Die Verwaltung des Deutschen Bundestages in Bonn hatte gestern (endlich) das Ergebnis der drei namentlichen Abstimmungen zum Komplex Artikel 20 b ermittelt, nachdem die 238. Sitzung des Bundestages bereits am Donnerstag in Berlin stattgefunden hatte.

Zur Abstimmung hatte wie berichtet – ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion als Ergänzung zu einem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU-, SPD- und FDP-Fraktion über den Wortlaut des künftigen Artikels 20 b gestanden, über den zwei Abstimmungen – in zweiter und dritter Lesung – erforderlich waren.

Der SPD-Änderungsantrag – die sog. große Minderheitenlösung – trug den Wortlaut: „Er schützt und fördert die alteingesessenen Volksgruppen und nationalen Minderheiten deutscher Staatsangehörigkeit.“ Der gemeinsame CDU/CSU/- SPD/ FDP-Antrag hingegen sah den Verfassungstext vor: „Der Staat achtet die Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten.“

Der SPD-Änderungsantrag fand ebensowenig eine Mehrheit wie der gemeinsame Antrag, nach dessen zweiter Lesung mit einfacher Mehrheit in dritter Lesung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich gewesen wäre.

Unter den 24 Nord-Abgeordneten sprachen sich alle zehn SPD-Parlamentarier für den Änderungsantrag ihrer Fraktion aus. Bei den elf CDU-Abgeordneten votierten ausschließlich Wolfgang Börnsen, Bönstrup, und Peter-Harry Carstensen, Nordstrand, dafür, die übrigen neun dagegen. Die drei FDP-Abgeordneten

stimmten alle mit Nein.

Für den gemeinsamen CDU/CSU/SPD/FDP-Antrag stimmten in zweiter Lesung aus Schleswig-Holstein nur Börnsen und Carstensen von der CDU, neun SPD-Abgeordnete, und die drei FDP-Abgeordneten. Horst Jungmann (SPD), Wittmoldt/Kreis Plön, enthielt sich.

In dritter Lesung sprachen sich für diesen Antrag aus Schleswig-Holstein erneut Börnsen und Carstensen sowie die zehn SPD- und die drei FDP-Abgeordnete aus. Die übrigen neun CDU-Abgeordneten stimmten wie in zweiter Lesung mit Nein. Die drei Anträge zum künftigen GG-Artikel 20 b erreichten im Bundestag folgende Abstimmungsergebnisse innerhalb der Fraktionen:

SPD-Änderungsantrag: CDU: 5 ja, 396 nein, 8 Enthaltungen; SPD: 214 ja, 1 nein, 5 Enthaltungen; FDP: 1 ja, 73 nein; PDS/Linke Liste: 13 ja; Bündnis 90/Grüne: 2 ja, 5 nein; Fraktionslose; 4 ja, 1 nein. – Dieser Antrag war somit abgelehnt.

Gemeinsamer CDU/CSU/- SPD/FDP-Antrag, zweite Lesung:

CDU: 5 ja, 300 nein; SPD: 216 ja, 3 Enthaltungen; FDP: 69 ja, 4 nein, 1 Enthaltung; PDS/LL: 13 ja; B 90/Grüne: 7 ja; Fraktionslose: 4 ja, 1 nein. – Da dieser Antrag angenommen war, mußte er in dritter Lesung behandelt werden.

Gemeinsamer CDU/CSU/- SPD/FDP-Antrag, dritte Lesung:

CDU: 6 ja, 295 nein, 6 Enthaltungen; SPD: 223 ja, 1 Enthaltung; FDP: 69 ja, 4 nein, 1 Enthaltung; PDS/LL: 13 ja; B 90/Grüne: 7 ja; Fraktionslose: 4 ja, 1 nein. – Der Antrag war somit abgelehnt, da er nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit erreichte.

Nordschleswiger, 06.07.94

Gerd Walter: Bedrückendes Signal aus Bonn

Schutz der Minderheiten im neuen deutschen Grundgesetz droht auf der Strecke zu bleiben

(N) BONN. „Heute hat der Vermittlungsausschuß die Vorlage für das „Aus“ für den Minderheitenschutz im neuen Grundgesetz gegeben. Das ist ein bedrückendes Signal aus Bonn für Schleswig-Holstein und seine Minderheiten“, erklärte Bundesrats- und Europaminister Gerd Walter gestern am Rande der Sitzung des Vermittlungsausschusses in Bonn.

Der Ausschuß habe sich zwar mehrheitlich für die Verankerung einer Minderheitenregelung im Grundgesetz ausgesprochen. Aber die Herauslösung der Minderheitenfrage aus dem Gesamtpaket der Verfassungsänderungen habe der Union im Bundestag die Möglichkeit eröffnet, den Minderheitenschutz zu Fall zu bringen. Deshalb sei damit zu rechnen, daß noch nicht einmal der vom

Vermittlungsausschuß aufgegriffene Minimalkonsens der Gemeinsamen Verfassungskommission „Der Staat achtet die Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten“ die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit bekomme. Gerd Walter: „Dafür können sich die Minderheiten bei der CDU/CSU bedanken“. Es bleibt dabei: Ein Grundgesetz ohne eine Minderheitenklausel wäre nicht nur eine tiefe Enttäuschung für unsere Minderheiten, sondern auch ein Bärendienst für die internationale Glaubwürdigkeit Deutschlands. Wer für den Schutz der deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa fechte und mit anderer Elle bei den Minderheiten in Deutschland messe, sei zutiefst unglaubwürdig. Minister Walter unterstrich, daß für die Landesregierung nach wie vor eine Verfassungsreform ohne Berücksichtigung einer Minderheitenregelung „unvorstellbar“ sei.

Nordschleswiger, 02.09.1994

Simonis-Appell an den Bundestag

Ministerpräsidentin fordert Minderheitenschutz „in letzter Minute“

Kiel (Ino). Mit einem „Hilferuf in letzter Minute“ hat die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) alle Bundestagsabgeordneten aufgerufen, den Minderheitenschutz im neuen Grundgesetz nicht zu kippen. Ihren „Appell an die Vernunft“ begründete sie gestern in Kiel mit den „positiven Erfahrungen in unserem Land, die langfristig für einen Frieden in unserer Gesellschaft mit den Minderheiten gesorgt haben“. Der Bundestag wird heute über die Verfassungsreform abstimmen. Laut Simonis muß der Minderheitenschutz auch im Zusammenhang mit einer neuen Rolle der Bundesrepublik in der internationalen Politik gesehen werden. Wer für den Schutz deutscher Minderheiten im Osten eintrete, dürfe sich nicht mit einer anderen Elle bei den Minderheiten in Deutschland messen lassen.

Flensburger Tageblatt. 06.09.1994

Minderheitenschutz nicht im Grundgesetz

Verfassungsreform verabschiedet

BONN (rtr). Der Bundestag hat sich gestern mit der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit für eine Reihe von Grundgesetzänderungen ausgesprochen. Das Parlament billigte mit 576 Ja- zu 13 Nein-Stimmen den im Vermittlungsausschuß

erzielten Kompromiß zur Verfassungsreform. Dazu gehört neben einer Stärkung der Länderrechte die Verankerung von Gleichberechtigung, Umweltschutz und Behindertenrechten im Grundgesetz.

Keine ausreichende Mehrheit fand die Empfehlung, in das Grundgesetz den Minderheitenschutz und ein Gebot der Mitmenschlichkeit aufzunehmen. Zudem erhalten die Länder im Hochschulbereich nicht die geforderten zusätzlichen Rechte. Der CDU-Verfassungsexperte Rupert Scholz sagte, mit dem Kompromiß könne das „große Vorhaben“ einer Überprüfung des Grundgesetzes, wie sie im Einigungsvertrag festgelegt worden war, doch noch abgeschlossen werden. Das Grundgesetz sei die beste Verfassung der deutschen Geschichte und sollte nur dort geändert werden, „wo dies not tut“. Der SPD-Abgeordnete Jürgen Schmude begründete die Zustimmung seiner Partei damit, daß drei wichtige Staatszielbestimmungen erreicht worden seien. Er bedauerte es aber, daß soziale Staatsziele und der Tierschutz keine Aufnahme fanden.

Verabschiedet wurden auch Regelungen für diejenigen, die in der früheren DDR enteignet worden waren. Das Entschädigungsgesetz sieht soweit wie möglich die Rückgabe des enteigneten Eigentums vor. Ist das nicht mehr möglich, steht dem Alteigentümer eine Entschädigung zu. Ferner machten die Parlamentarier den Weg für den Bau einer ersten Transrapidstrecke zwischen Berlin und Hamburg frei und beschlossen eine Neuregelung des Bundesgrenzschutzes.

Flensburger Tageblatt, 07.09.1994

Nordeuropa verärgert über Schäubles Kern-Europa

CDU/CSU-Fraktionschef bekräftigt Thesen

BONN (dpa). Das Echo auf die europäischen Reformpläne der Unionsfraktion bleibt wegen der befürchteten deutsch-französischen Dominanz im In- und Ausland zwiespältig. Vor allem in Nordeuropa, wo im Herbst die Beitrittskandidaten Norwegen, Schweden und Finnland ihre Bürger in Volksbefragungen abstimmen lassen, ist die Idee eines „Kerneuropa“ auf teilweise vehementen Widerspruch gestoßen.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble und andere führende Unionspolitiker hatten sich in einem Grundsatzpapier für dieses „Kerneuropa“ stark gemacht, das zunächst aus Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten bestehen soll. Dieser Gedanke hat die EU-Gegner in Nordeuropa in ihrer Furcht bestärkt, daß die Nord-Staaten zu EU-Mitgliedern „zweiter Klasse“ degradiert werden sollen. Kritik und Zustimmung war gestern auch in anderen Mitgliedsländern zu hören.

Schäuble blieb in einem Gastkommentar für die „Bild“-Zeitung dabei, daß ein starker Kern von europäischen Staaten, vor allem Frankreich und Deutschland, die anderen Länder als leistungsfähiger Motor mitziehen müßten. Die „Kernstaaten-Theorie“ wird weiterhin von der FDP abgelehnt.

Flensburger Tageblatt, 07.09.1994

„Gegen das Vergessen“

Aufbauphase des Instituts für Zeitgeschichte abgeschlossen

SCHLESWIG (bph). Mit der Gründung des Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte in Schleswig hat das Land ein „wichtiges Zeichen gegen die bedrohliche Renaissance des Rechtsradikalismus und gegen einen immer wieder geforderten Schlußstrich unter der Vergangenheit“ gesetzt. Das erklärte Prof. Dr. Gerhard Paul, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Instituts, das gestern sein erstes umfassendes Arbeitsprogramm vorgestellt hat. Damit ist zugleich die dreijährige Aufbauphase dieser neuen wissenschaftlichen Einrichtung, die der Bildungswissenschaftlichen Hochschule/Universität Flensburg angegliedert ist, abgeschlossen. Die Vorgeschichte des Instituts geht auf die seit 1985 im Landtag und in der interessierten Öffentlichkeit geführten Diskussion über versäumte Lektionen in der Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein zurück. Neben der eigenen Forschungstätigkeit haben die inzwischen vier wissenschaftlichen Mitarbeiter Lehrverpflichtungen an der Flensburger Universität zu übernehmen.

In einer Zeit des zunehmenden Rechtsradikalismus wirke es fast ein wenig befreiend, daß das Land auch angesichts der knappen öffentlichen Kassen bereit sei, seinen Beitrag zur Aufklärung über Gefahren, die von dieser Bewegung ausgehen, zu leisten, sagte Dr. Dieter Swatek, Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Er erwarte von dem Institut, eine Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit mit Antworten auf Fragen der Gegenwart zu verbinden. Für das Kuratorium des Instituts erklärte Dr. Manfred Jessen-Klingenberg, es sei längst an der Zeit, den Blick verstärkt auch auf „dunkle und verdunkelte Abschnitte der Landesgeschichte“ zu richten und die Leiden der Naziopfer der Vergangenheit zu entreißen. Als erster Arbeitsschwerpunkt des Instituts hat sich der Themenkomplex „Herrschaftszerfall und Herrschaftsaufbau – Schleswig-Holsteinische Führungsschichten im 20. Jahrhundert“ herausgeschält: Dr. Detlef Korte erarbeitet eine Studie über die NSDAP-Kreisleiter, Prof. Dr. Gerhard Paul untersucht die Rolle der Gestapo, Prof. Dr. Peter Wulf konzentriert sich auf das Parteienwesen nach 1945, Prof. Dr. Uwe Danker beleuchtet die Entnazifizierung im Lande.

Flensburger Tageblatt, 03.09.1994

Minderheitenzentrum ins Grenzland

APENRADE (sch). Im Rahmen seines Besuchs bei der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig kündigte der dänische Staatsminister Poul Nyrup Rasmussen gestern einen baldigen Prinzipbeschluss zum Thema Europäisches Minderheiten-Zentrum an. „Ich rechne für 1995 mit einer Entscheidung und einem Finanzierungsmodell, hinter dem Deutschland, Dänemark und die EU stehen sollen“, so Nyrup Rasmussen, der „auf jeden Fall“ einen Standort im Grenzland anvisiert. Der dänische Regierungschef zeigte sich beeindruckt von einem Gutachten, das vom Apenrader Institut für Grenzregionsforschung erarbeitet wurde, und das jetzt ins Deutsche übersetzt werden soll. „Wir können im Grenzland auf eine erfolgreiche Minderheitenpolitik verweisen – ein Modell, das wir vorzeigen sollten“, erklärte der Staatsminister in Apenrade.

Flensburger Tageblatt, 15.09.1994

Dänen wollen deutsche Neonazis observieren

KOPENHAGEN (dpa). Dänemarks Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen hat gestern ein schärferes Vorgehen gegen deutsche Neonazis in seinem Land angekündigt. Er reagierte damit auf Berichte, wonach sich im Grenzgebiet zu Deutschland mindestens zwei deutsche Neonazi-Gruppen betätigen und dabei die liberale Gesetzgebung des skandinavischen Landes ausnutzen. Der Sozialdemokrat kündigte bei einem Besuch der deutschen Minderheit in Apenrade gestern an, seine Regierung werde ihrer Bitte nach Maßnahmen nachkommen.

Flensburger Tageblatt, 15.09.1994